

DIE INTERNATIONALE

ORGAN DER INTERNATIONALEN ARBEITER-ASSOZIATION • BERLIN

Aus dem Inhalt:

Betrachtungen über die Wahlen in Deutschland.
Von R. Rocker.

Nationalismus und Internationalismus.
Von Max Nettlau.

Betriebsräte und Syndikalismus. Von A. Souchy.

Die soziale Gesetzgebung. Von D. A. de Santillan.

Die Organisation der Landarbeiter und das Agrar-
problem. Von E. C. Carbo.

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeiner Teil

Aufruf zum II. Kongreß der I. A. A.	1
An unsere Leser	2
Betrachtungen über die Wahlen in Deutschland. Von R. Rocker	5
Betriebsräte und Syndikalismus. Von A. Souchy	13
Die soziale Gesetzgebung. Von D. A. de Santillan	18
Nationalismus und Internationalismus. Von Max Nettlau	23
Die Organisation der Landarbeiter und das Agrarproblem. Von E. C. Carbo	27

2. Mitteilungen des Sekretariats

Internationale Kinderhilfe	32
Aufruf der I. A. A. für die gefangenen Revolutionäre in Rußland	32
Aufruf für die kämpfenden Bergarbeiter Deutschlands	34

3. Aus der Internationale des Syndikalismus

<i>Norwegen.</i> Arbeiterkämpfe in Norwegen. Von Carl O. Tangen, Kristiania	35
<i>Schweden.</i> Offensive der reformistischen Gewerkschaften Schwedens gegen die Syndikalisten. Von Edvin Lindstam, Stockholm	39
<i>Frankreich.</i> Die neue Taktik der C. G. T. U. und der Kommunistischen Partei. Von P. Besnard, Paris	40
<i>Elsaß-Lothringen.</i> Ein Rückblick auf die Arbeiterbewegung Elsaß-Lothringens. Von E. Altenbach, Mülhausen	42
<i>Portugal.</i> Der Syndikalismus in Portugal. Von H. S. Campos, Lissabon	43
<i>Italien.</i> Konferenz der syndikalistischen Union Italiens. Von A. Giovannetti, Mailand	44

4. Zeitschriften und Bücherschau

DIE INTERNATIONALE

ORGAN DER INTERNATIONALEN ARBEITER-ASSOZIATION · BERLIN
DEUTSCHE AUSGABE / HERAUSGEGEBEN VOM SEKRETARIAT DER I.A.A.

1. JAHRG.

JUNI 1924

NR. 2

Der II. Kongreß der I.A.A.

Der II. Kongreß der I.A.A. ist in Uebereinstimmung mit dem Beschluß von Innsbruck vom Sekretariat für den 20. September 1924 nach Amsterdam einberufen. Zu diesem Kongreß wurden eingeladen: 1. alle der Internationalen Arbeiter-Assoziation angeschlossenen Organisationen, 2. alle revolutionären Gewerkschaftsorganisationen, die der I.A.A. nahestehen oder die auf dem I. Kongreß angenommene Prinzipienklärung anerkennen.

Zur Tagesordnung bringt das Sekretariat folgende Punkte in Vorschlag:

- 1. Wahlen der Vorsitzenden, der Mandatsprüfungskommission, der Resolutionskommission und der Finanzprüfungskommission;*
- 2. Bericht des Sekretariats und des Kassierers;*
- 3. Bericht der Ländervertreter.
Diese Berichte müssen schriftlich spätestens einen Monat vorher an das Sekretariat gesandt werden.*
- 4. Kampf gegen die internationale Reaktion.
Internationale Solidaritätskämpfe durch Boykotts, Protestaktionen, Demonstrationen, Propagierung internationaler Streiks usw.*
- 5. Internationale Unterstützungen, finanzielle Hilfe.
Vorschläge zu einer organisatorischen Regelung der Unterstützungen.*
- 6. Stellung der I.A.A. zu den verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Rudolf Rocker.*
- 7. Stellung der I.A.A. zu den Betriebsräten.*
- 8. Die I.A.A. und die Syndikalistische Jugend.*
- 9. Propagandatätigkeit der I.A.A.*
- 10. Statutenveränderung; Amandements nach Paragraphen müssen schriftlich vorgelegt werden.*
- 11. Presse der I.A.A., Bericht, neue Anträge.*
- 12. Neuwahl des Sekretariats, Neuwahl des Sitzes desselben.*
- 13. Ort und Zeit des nächsten Kongresses.*

Das Sekretariat bittet alle angeschlossenen Landesorganisationen, zu den vorgeschlagenen Punkten Stellung zu nehmen. Die Landesorganisationen der romanischen und südamerikanischen Länder werden ersucht, sich mit der Frage der Finanzierung zu beschäftigen. Erweiterungen der Tagesordnung müssen dem Sekretariat bis spätestens 1. August mitgeteilt werden.

Alle Zuschriften richte man an die Adresse Fritz Kater, I.A.A., Berlin O 34, Kopernikusstr. 25. Telegrammadresse: „Syndikalist Berlin“.

Mit Brudergruß

Das Verwaltungsbüro der I.A.A.

An unsere Leser.

Die zweite Nummer der „Internationale“ sollte einen Monat nach dem Erscheinen der ersten Nummer herauskommen. Viele Umstände trugen dazu bei, die Nr. 2 mit einiger Verzögerung erscheinen zu lassen. Wir hoffen, daß von nun an das Erscheinen regelmäßig jeden Monat erfolgen kann. Dazu ist allerdings die Unterstützung und fleißige Werbearbeit unserer Kameraden notwendig. Wenn der Vertrieb sich diesmal geregelter gestaltet, wenn unsere Kameraden ihr Möglichstes tun, um für schnelle und ausgiebige Verbreitung Sorge zu tragen, dann wird auch seitens der Redaktion nichts unterbleiben, um den Anforderungen und Wünschen aller Kameraden entgegenzukommen.

Während die erste Nummer der „Internationale“ einen mehr informatorischen Charakter trug, glauben wir mit der zweiten Nummer einen Schritt weiter gehen zu können. Unsere Aufgabe muß sein, neben guten und zuverlässigen Berichten über die Arbeiterbewegung aller Länder, neben der Darstellung über den Kampf, der von dem revolutionären Proletariat in allen Ländern gegen das Ausbeutertum ausgefochten wird, auch Stellung zu nehmen zu den großen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung, die immer dringlicher eine Lösung fordern. Die revolutionären Ergebnisse haben so manche Veränderung gebracht und neue Probleme aufgeworfen, die noch lange nicht in zureichender Weise erörtert und geklärt sind. Zwar können wir revolutionären Syndikalisten mit Befriedigung feststellen, daß gerade unsere Grundsätze durch die großen Ereignisse unserer Tage keinerlei Erschütterung erfahren haben, wie das mit der internationalen Sozialdemokratie, mit den reformistischen Gewerkschaften und nicht zuletzt auch mit dem Staatskommunismus geschah, der in seinem Beginn mit großen Pretentionen auftrat, bald aber von den ehernen Tatsachen des praktischen Lebens zur „NEP“ (Neue ökonomische Politik), d. h. zur Wiederherstellung des Kapitalismus, getrieben wurde. Und all dies geschah einzig und allein deshalb, weil falsche Wege eingeschlagen wurden und weil man von falschen Voraussetzungen und Grundsätzen ausgegangen ist. Es hat sich im Gegenteil gezeigt, daß im Verlauf der revolutionären Ereignisse die Arbeiterschaft und selbst die syndikalistenfeindlichen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung immer und immer wieder zu den von den Syndikalisten propagierten Kampfmitteln der direkten Aktion gegriffen haben, wenn die abgetakelten und verbrauchten politischen Mittelchen versagten. Aber gerade dadurch entstand die Gefahr einer Korrumpierung dieser Kampfmittel. Schon beschäftigen sich heute die reformistischen Gewerkschaften mit der Idee, die Betriebsräte für Aufgaben der Produktionskontrolle im Sinne einer wirtschaftlichen Demokratie heranzuziehen; aber diese

Tätigkeit soll nur innerhalb der Gesetze des bürgerlichen Staates vollzogen werden; auch trägt man sich mit dem Gedanken einer Umlegung der Berufsverbände in Industrieverbände, aber auch diese Maßnahme braucht an sich noch gar keinen Fortschritt zur Freiheit der Arbeiterbewegung zu sein und zur Selbständigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien zu führen, sondern es kann auch bei Anwesenheit von Industrieverbänden ihre Unterwerfung unter die Parteien oder den Staat erfolgen, wie es uns die russischen Zentralverbände zeigen, die auf dem Grundsatz der Industrieverbände aufgebaut sind, aber vollständig unter der Vormundschaft von Partei und Regierung stehen.

Diese schwachen Andeutungen geben uns schon ein Bild davon, wie notwendig eine gründliche, theoretische Klarstellung der Probleme ist, die sich dem internationalen Syndikalismus stellen. Darüber hinaus gilt es aber, die Organisierung der sozialen Revolution vorzubereiten. Die schnelle und sprunghafte Veränderung im gesellschaftlichen Leben hat Fragen, die früher einen rein zukünftigen Charakter trugen, in den Bereich der Wirklichkeit gerückt. Hierzu gehört in erster Linie der Aufbau der neuen Gesellschaft in anti-staatlicher, antiautoritärer Richtung. Je klarer unsere Anschauungen durch Gedankenaustausch der Kameraden der verschiedenen Länder über diesen Punkt werden, je vollkommener unsere Vorbereitungen sich gestalten, desto größere Aussichten werden vorhanden sein, revolutionäre Ereignisse in freiheitliche syndikalistische Bahnen zu lenken.

Ueber diese Zukunftsarbeit dürfen jedoch die Fragen des Tages nicht vergessen werden. Der Kampf gegen die internationale Reaktion erfordert ein internationales Auftreten der revolutionären Arbeiterschaft. Die Fragen, wie diese internationale Zusammenarbeit am besten geregelt werden könne, was für Kräfte gelöst und was für Mittel angewandt werden müssen, bedürfen auch noch einer gründlichen Besprechung. Da sind z. B. die Verhängung des internationalen Boykotts, Einleitung gemeinsamer Protestaktionen gegen die Verfolgung revolutionärer Kameraden in allen Ländern, ja sogar internationale Solidaritätsstreiks ins Auge zu fassen; es sind die Möglichkeiten zur Erkämpfung eines einheitlichen Reallohnes, einer gleichen Arbeitszeit und dgl. für alle Länder zu untersuchen, denn solange die Unterschiede der Arbeits- und Lebensbedingungen in den einzelnen Ländern voneinander zu stark abweichen, werden die wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiterschaft immer einen national begrenzten Charakter tragen. Wie der Einheitslohn für die Arbeiterschaft eines Landes für alle Industrien die materiellen Interessen aller Arbeiter zusammenschweißen würde, so würden auch der Einheitslohn und eine gleiche Arbeitszeit der Bergarbeiter, der Metallarbeiter, der Bauarbeiter aller Länder die internationale Interessengemeinschaft des Weltproletariats in ein ganz anderes neues Licht stellen. Es würden sich Perspektiven für den internationalen Klassenkampf auftun, von denen wir uns heute noch keine Vorstellung machen können.

Und last but not least müssen die Kämpfe *gegen jeden Krieg* in solcher Weise auf internationaler Basis vorbereitet werden, daß jeder zukünftige Krieg wirklich unmöglich gemacht wird durch die international verbundene revolutionäre Arbeiterschaft. Die Schritte, die bisher von den reformistischen Gewerkschaften in dieser Richtung unternommen wurden, sind durchaus ungenügend. Der Kopenhagener Beschluß des internationalen Metallarbeiterbundes wird von den reformistischen Verbänden in fast jedem Lande, noch mehr aber von den reformistischen Landeszentralen viel zu wenig beachtet, in einigen Fällen direkt sabotiert, wie uns das Beispiel des Deutschen Metallarbeiterverbandes zeigt. Es ist daher die Aufgabe der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in ihrer Propaganda, in ihren Organen, vor allem auch in dieser Revue, diese Angelegenheit vor den Augen der internationalen Arbeiterschaft aufzurollen. Da von den reformistischen Gewerkschaften kein revolutionärer Windhauch ausgeht, müssen wir Syndikalisten die Vorhut bilden in dem Kampfe gegen Militarismus und Krieg. Es muß die Verweigerung jeder Arbeit zu Kriegszwecken bis ins einzelne durchsprachen und in die Wege geleitet werden.

Die Verweigerung der Herstellung von Kriegsmaterialien führt zu dem Gedanken der Produktionskontrolle durch die international organisierte Arbeiterschaft. In der kapitalistischen Produktionsweise ist nicht der Bedarf des Volkes, sondern der Profit für die Unternehmer das Ziel der Gütererzeugung. Dieser Umstand bringt die Herstellung von Schundwaren, eine vollständige Planlosigkeit der gesamten Produktion sowie die Ausbeutung der Arbeiterschaft als *Konsumenten* mit sich. Im weiteren Gefolge entsteht dann die Unterkonsumtion der Arbeitermassen, die von Karl Marx als *Ueberproduktion* bezeichnet wurde. Die Arbeitslosigkeit geht damit Hand in Hand. Das ist ein Feld, das von den reformistischen Arbeiterorganisationen noch so gut wie gar nicht beackert wurde, und auch wir Syndikalisten müssen dieser Frage eine größere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden gerade diesem Probleme einen Platz in den Spalten der Revue einräumen müssen. Die Kontrolle der Produktion darf nicht in dem naiven Sinne der Reformisten aufgefaßt werden, wo sie in der Forderung nach „Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit“ verflacht, sie muß im Gegenteil ausmünden in dem Streben nach Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft und Einführung einer sozialistischen Bedarfswirtschaft.

Ueber all diesen Problemen muß der Geist der internationalen Solidarität schweben. Wir müssen uns näher kennenlernen, so daß von Land zu Land, von Zunge zu Zunge, von Herz zu Herz nur ein einziger Gedankengang die Massen erfaßt und in Bewegung bringt. Und dieser Gedankengang ist die uns alle verbindende Weltanschauung des revolutionären Syndikalismus, die in der direkten Aktion aller unterdrückten Proletarier ihren glänzendsten Ausdruck findet. Diesem Werk sei die Herausgabe und Weiterführung der Revue gewidmet.

Die Redaktion.

Betrachtungen über die Wahlen in Deutschland.

Von R. R o c k e r.

Die große Wahlschlacht ist geschlagen. Von den dreiundzwanzig Parteien und Parteichen, die sich in heißem Wettbewerb um die Gunst der Wähler bemüht haben, blieb fast die Hälfte auf der Strecke. Da sie nicht imstande waren, die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Stimmen in einem Wahlkreis zu erhalten, bleibt es ihren Trägern vorläufig versagt, das große Ziel ihrer Sehnsucht von innen beschauen zu können.

Es ist ein charakteristisches Zeichen, daß dieselben Erscheinungen — Inflation, ungerechte Besteuerung, Arbeitslosigkeit, Niedergang der sozialen Lebensbedingungen —, die eben in Frankreich den Sozialisten und anderen Gegnern Poincarés einen glänzenden Wahlsieg beschert und den sogenannten Nationalen Block zertrümmert haben, in Deutschland den bürgerlichen Parteien der Mitte und vor allem der Sozialdemokratie große Verluste eintrugen und breite Wählermassen nach rechts abschwenken ließen. Nur waren die Rollen vertauscht. Während in Frankreich der Nationale Block alle Sünden der Regierung während der letzten fünf Jahre auf sich geladen und die Sozialisten sich in der günstigen Lage einer Oppositionspartei gefallen durften, hatten sich in Deutschland die Parteien der bürgerlichen Mitte und die Sozialdemokratie während ihrer Regierungszeit bis auf die Knochen kompromittiert und sich das Wohlwollen der Wähler wenigstens für diesmal gründlich verscherzt.

In dieser Erscheinung liegt eigentlich für das Volk die Tragik des ganzen parlamentarischen Systems. Der moderne Bürger fühlt sich lediglich als Bestandteil des Staatsapparats, dessen Bewegungsgesetze er durch die Abgabe seiner Stimme regulieren zu können sich einbildet. Er erwartet sein Heil stets von irgendeiner Regierung und nie von seiner eigenen Kraft und Initiative. Immer wieder sucht er die Fehler, die gemacht wurden, in den leitenden Männern und Parteien, die sich jeweilig an der Regierung befinden, und es kommt ihm nie der Gedanke, daß dieselben im System selbst begründet sind. Anstatt sich von unten auf durch seine wirtschaftlichen und sozialen Verbindungen Organe seines Willens und seiner Initiative zu schaffen, die ihn in den Stand setzen könnten, zu allen Anforderungen des gesellschaftlichen Lebens selbst Stellung zu nehmen und durch seine eigenen schöpferischen Kräfte entsprechende Lösungen anzubahnen und herbeizuführen, setzt er sein ganzes Vertrauen auf die höhere Macht, die über ihm thront und erwartet alles Heil von den Gesetzen und der Regierung. Und wenn die Regierung versagt, so zieht er nicht etwa die Konsequenzen und schreitet zur Selbsthilfe, sondern er setzt seine Karte einfach auf ein anderes Pferd im politischen Rennstall und glaubt auf diese Weise der Erfüllung seiner Wünsche näher zu kommen. So

taumelt er von einer Enttäuschung zur anderen und bewegt sich stets in demselben verhexten Kreise, der ihm als die gerade Linie des Fortschritts erscheint. Er pendelt von links nach rechts und von rechts nach links immer in dem Glauben, daß die richtige Nummer doch einmal aus der Urne herauskommen müsse. Wie der Gläubige vergangener Jahrhunderte alles Heil von der Kirche und von der Vermittlung der Priester erwartete, so erwartet der moderne Staatsgläubige heute alles Heil von den gesetzgebenden Körperschaften und ihren Vertretern. Die Form des Glaubens hat gewechselt, der Glaube selbst ist derselbe geblieben.

Und doch hätte gerade der deutsche Wähler aus der Geschichte der letzten fünf Jahre die große Lehre ziehen können, daß die Geschicke Deutschlands nicht im Reichstag, sondern in den Geschäftsstellen der Schwerindustriellen, der Großgrundbesitzer und der Börsenkönige letzten Endes entschieden werden. Das trifft ohne Zweifel auch für alle anderen Länder, die dem kapitalistischen Regime unterworfen sind, zu, aber es offenbarte sich nirgends anders und nie vorher in einer so offenkundigen Brutalität und unverhüllten Frechheit wie in der glorreichen Aera der deutschen Republik. Die Geschichte der letzten fünf Jahre wurde fast ausschließlich ausgefüllt mit dem erfolgreichen Kampfe der Monopolisten gegen die verschiedenen Regierungen, die einander folgten. Alle innen- und außenpolitischen Beziehungen standen mehr oder weniger unter dem Wirtschaftsdiktat der deutschen Schwerindustrie und ihrer Verbündeten. Stinnes war in dieser Hinsicht ein Symbol. Er, der aus den Schrecken des Weltkrieges und aus dem grenzenlosen Elend des Volkes in der nachfolgenden Periode unermeßliche Reichtümer prägte, deren fabelhafte Größe allen Glanz der Multimilliardäre Amerikas in den Schatten stellt und deren Totalität vielleicht erst den kommenden Generationen gänzlich offenbar wird; er, der seine Polypenarme über ganz Deutschland, die ganze Welt ausstreckte, deren Saugnäpfe ebenso im Lande der „Diktatur des Proletariats“ wie in den fernen Breiten Perus und Chiles unablässig an der Arbeit sind; er, Stinnes, führte nach dem Kriege einen fortgesetzten schonungslosen Kampf gegen alle deutschen Regierungen und stellte ihrer Politik das Machtgebot der großen Wirtschaftskonzerne gegenüber, das sich bisher stets als mächtiger erwies als die papiernen Beschlüsse des Reichstags. Es waren Stinnes und sein Kreis, die mit kaltblütiger Berechnung jeden Versuch, die Mark zu stabilisieren, untergruben und die grauenhafte Periode der Inflation eingeleitet haben, die Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder an den Rand des Verderbens und der Verzweiflung brachte. Und gerade während dieser furchtbaren Zeit gelang es Stinnes, seinen Konzern erst recht auszubauen und aus der Not seines Volkes Riemen zu schneiden.

Stinnes und sein Anhang waren es, welche die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen direkt provoziert hatten, und denen das Abenteuer, das Deutschland astronomische Summen kostete und durch welches das Volk erst recht in den Abgrund des bitteren Elends hineingestoßen wurde, wiederum zum Heile ausschlug. Kein Versailler Friedensvertrag hat Deutschland solche furchtbaren Wunden ge-

schlagen als die gewissenlose Profitpolitik seiner Schwerindustriellen und Großagrarien, die es nicht bloß verstanden haben, dem Staate die Steuern erfolgreich zu entziehen, sondern die außerdem noch bei der Reichsbank fabelhafte Anleihen machten, als die Mark noch zehn Pfennige wert war, und die ihre Schuld prompt zurückzahlten, als, dank ihrer krummen Transaktionen, der Wert der Mark auf einen zehntel Pfennig gesunken war.

In keinem anderen Lande der Welt wären solche Dinge möglich gewesen, weil in keinem anderen Lande der soziale Sinn und das natürliche Zusammengehörigkeitsgefühl eines Volkes so total verlottert ist wie gerade bei uns. Es ist wahr, daß der Kapitalist schließlich überall von der Ausbeutung der Arbeit lebt, aber es besteht trotzdem ein Unterschied zwischen den Trägern des Systems, der sich nicht verkennen läßt, und der letzten Endes ebenso gewertet werden muß wie der Unterschied zwischen den verschiedenen Formen des Staates, auch dann, wenn man der Ansicht ist, daß der Staat als solcher nie etwas anders gewesen ist, noch sein wird, als der politische Sachverwalter der besitzenden Klassen.

In England haben die Träger des kapitalistischen Systems während des Krieges tief in die eigene Tasche gefaßt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil bei dem englischen Volke der Instinkt innerer Zusammengehörigkeit und das Gefühl sozialer Gerechtigkeit in solchen Dingen viel tiefer ausgeprägt ist wie bei uns, so daß fortgesetzte und zynische Beleidigungen des primitivsten Rechtsempfindens im Volke, wie sie in Deutschland zu den Alltäglichkeiten gehören, dort einen Sturm der Entrüstung entfesseln würden, dem keine Regierung widerstehen könnte. Einen Mann wie der gewesene Premierminister der konservativen Regierung Englands, Baldwin, der während des Krieges dem Staate freiwillig den vierten Teil seines Vermögens abtrat, würde man in Deutschland vergebens suchen. Andererseits wäre ein Helfferich, der sich während des Krieges prinzipiell weigerte, das Kapital mit entsprechenden Steuern zu belasten und den Standpunkt vertrat, daß der Besiegte eben zahlen müsse, in jedem anderen Lande undenkbar. Nur in Deutschland konnte ein Mann wie Helfferich sein Wesen treiben, weil bei uns der unsächlich kleinliche und geradezu verbrecherische Egoismus des kapitalistischen Bürgertums einen Grad erreicht hat, den man sich in anderen Ländern schlechterdings nicht vorstellen kann.

Jede Regierung ist letzten Endes nichts anderes als der politische Machtapparat der besitzenden Klassen eines Landes, aber nie vorher hat man einem Volke die vollständige Abhängigkeit alles Regierungswesens von der gewissenlosesten Profitpolitik einer Oligarchie von Riesenraffkes in so zynischer und offenkundiger Weise vordemonstriert, wie es bei uns während der letzten fünf Jahre geschehen ist. Allein die breite Masse der Wähler und besonders der Wähler aus den arbeitenden Schichten des Landes blieb allen Lehren gegenüber blind und taub und hat nur das eine bewiesen, daß sie trotz der furchtbaren Erfahrungen der letzten zehn Jahre nichts gelernt und nichts vergessen hat. Man nimmt es ruhig hin, wenn der Stinnesmann

Dr. Quatz den Abbau der Erwerbslosenunterstützung beantragt und dabei mit einer Gefühlsroheit sondergleichen erklärt, daß bei einem weiteren Niedergang der Wirtschaft eben nicht verhindert werden könne, daß Millionen Menschen Hungers sterben. Man regt sich nicht sonderlich auf, wenn das Sprechorgan der Großagrarien, Graf Westarp, mit vollendetem Zynismus im Reichstag erklärt, daß man sich bei dem heutigen Stand der Dinge nicht wundern dürfe, wenn das Volk bei vollen Scheunen verhungere. Und das geschah in einer Zeit, wo sowohl der Grundbesitz wie auch die Schwerindustrie Gewinne einsackten, von denen man vor dem Kriege sogar nicht zu träumen wagte, während das deutsche Arbeitervolk tatsächlich bei vollen Scheunen verhungerte und in den Großstädten nahezu 70% aller Kinder vom Keime der Schwindsucht ergriffen waren.

Das wichtigste Merkmal der letzten Wahlen ist der unverkennbare Zug nach rechts. Die Sozialdemokratie, die mit ihren 5 991 547 Stimmen sich numerisch zwar immer noch als die stärkste Partei behauptet hat, verlor von ihren 170 Mandaten, die sie im letzten Reichstag inne hatte, ganze 70. Ihre schweren Verluste sind hauptsächlich der Kommunistischen Partei zugute gekommen, doch läßt es sich nicht verkennen, daß ein beträchtlicher Teil ihrer Wähler diesmal nach rechts abgewandert ist. Es gibt wohl kaum ein Beispiel in der Geschichte moderner Politik, daß eine Partei sich so hoffnungslos kompromittiert hat, wie die deutsche Sozialdemokratie. Sie hat die verhängnisvolle Rolle, die sie während der ganzen Kriegsjahre gespielt hatte, auch nach dem Kriege getreulich fortgesetzt. Es war ihre große unverzeihliche Schuld, daß sie bald nach dem Ausbruch der sogenannten Novemberrevolution sich fortgesetzt allen wirtschaftlichen Neuerungen mit allen Kräften entgegenstemmte und so eine weitere Entwicklung der Revolution im Keime erstickte. Ihre Schuld war es, daß unter der blutigen Diktatur von Noske die Grundlage für die faschistischen Verbände, die heute ganz Deutschland wie mit einem Netz überziehen, gelegt wurde. Noske bewaffnete die modernen Wallensteiner und die sozialdemokratische Presse — voran der „Vorwärts“ — wetteiferte mit den bürgerlichen Blättern durch seiten große Inserate für die Werbung der militärischen Freiwilligen-Formationen. So wurde die Sozialdemokratie dem deutschen Bürgertum zu einem Schutzwall in der gefährlichsten und kritischsten Periode seines Daseins. Und diese Rolle hat sie die ganze Zeit weitergespielt. In jedem kritischen Moment eilte sie dem bedrohten Bürgertum zu Hilfe und schützte es durch die Macht ihres Einflusses. Unter ihrem Einfluß haben die Gewerkschaften, sogar als ihnen die beste Gelegenheit dazu geboten war, keinen Versuch gemacht, die furchtbare materielle Lage der deutschen Arbeiterschaft einigermaßen erträglich zu gestalten. Man redete den Arbeitern einfach vor, daß an eine Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen nicht gedacht werden könne, solange Deutschland die große Krise nicht überwunden habe. Und dies geschah in einer Zeit, als die Unternehmer märchenhafte Profite einheimsten, die Besteuerung systematisch boykottierten, während man den Arbeitern das letzte von ihren Hungerlöhnen herunternahm.

Nur der Sozialdemokratie ist es zu verdanken, daß das Ruhrabenteuer, das Stinnes und der Kreis der Schwerindustriellen dem deutschen Volke eingebracht haben, überhaupt stattfinden konnte, denn ihre Führer ließen sich auch diesmal wieder von der künstlich emporgearbeiteten nationalen Welle mitreißen, wie sie es bei Ausbruch des Krieges getan hatten. Sie scheute sich nicht, zusammen mit der Deutschen Volkspartei in eine Koalitionsregierung einzutreten, stimmte für die sogenannten Ermächtigungsgesetze und gab ihre Zustimmung, daß man zur Zeit des Hitlerputsches Deutschland der Herrschaft der Generäle auslieferte, trotz aller furchtbaren Erfahrungen der Vergangenheit. Als sie endlich das Bürgertum abermals aus einer der heikelsten Situationen gerettet hatte, schiffte sie der mit allen Wassern gewaschene Stresemann wieder aus der Regierungskarree aus. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, der Mohr konnte gehen, bis man ihn wieder brauchen würde. Die Sozialdemokratie wiederholte sogar dieses perverse Spiel eines politischen Masochismus zweimal hinter einander und opferte damit den letzten Rest von politischem Selbstrespekt. Dafür quittierten ihr später Stresemann und seine Anhänger mit unverkennbarem Hohn für die geleisteten Dienste. In einem Flugblatt, das die Deutsche Volkspartei bei den letzten Wahlen zur Verbreitung brachte, machte man sich direkt über die angebliche Düpierung der Sozialdemokratie lustig, und als Müller, den sein Freund Schultze für die Volkspartei zu ködern sucht, einige Einwendungen macht, antwortet ihm dieser schlagfertig:

„Wat denn mit die Sozi? Erst hat Stresemann *mit* die Sozi angefangen den schematischen Achtstundentag abzubauen, und *mit* die Sozi den Kronprinzen nach Deutschland rinjelassen, und *mit* die Sozi die Reichswehr nach Sachsen jeschickt, um dort Ordnung zu schaffen, und als die Sozi dann Angst kriegten vor ihrer eigenen Courage, hat er se loofen lassen und seine Politik ohne sie weiter gemacht – wat willstste noch?“

Und doch wäre es grundfalsch, in allen diesen Handlungen lediglich den Verrat der sozialdemokratischen Führer an der deutschen Arbeiterklasse erblicken zu wollen. Nein, die Sache liegt tiefer. Hier handelt es sich um die Auswirkung einer geistigen Einstellung, deren Keime bereits bei der Entstehung der sozialdemokratischen Bewegung gegeben waren. Deutschland hat das zweifelhafte Verdienst, das egoistischste, feigste, geistig trügste und am wenigsten soziale Bürgertum hervorgebracht zu haben. Aus diesem Grunde konnte sich hier niemals ein Liberalismus wie in England oder eine bürgerliche Demokratie wie in Frankreich entwickeln. So wurde die Sozialdemokratie allmählich zum Sammelbecken aller politisch unzufriedenen Elemente vor dem Krieg, die vielfach für sozialistische Probleme nicht das geringste Verständnis hatten und lediglich dazu beitrugen, die Sozialdemokratische Partei bürgerlich zu verspießern. Auf diese Weise entwickelte sich die Sozialdemokratie und die unter ihrem geistigen Einfluß stehende Gewerkschaftsbewegung Deutschlands immer mehr als ein notwendiger Bestandteil des nationalen Staates. Der Sozialismus verlor für ihre geistigen Führer immer mehr den

Charakter eines neuen Kulturideales, das die kapitalistische Zivilisation ablösen sollte, und das infolgedessen an den Grenzen der einzelnen nationalen Staaten nicht halt machte. Aus diesem Grunde vermengten sich ihnen die Interessen des nationalen Staates immer mehr mit den Interessen der Partei, deren Führer sich allmählich daran gewöhnten, alle Fragen durch die Brille der sogenannten nationalen Interessen zu betrachten. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Partei sich allmählich als notwendiger Bestandteil in das nationale Staatsgefüge eingliederte, wie jede andere Institution, die zur Erhaltung desselben beiträgt.

Aus diesem Grunde wäre es auch töricht, aus der jetzigen Niederlage der Sozialdemokratie ihren nahe bevorstehenden Untergang voraussagen zu wollen, wie es die Kommunisten tun. Unserer Ansicht nach wird die Sozialdemokratie innerhalb des heutigen Systems überhaupt nicht verschwinden, da sie, wie gesagt, ein Bestandteil desselben ist — eine Art Blitzableiter für die besitzenden Klassen, es sei denn, daß ihre Aufgabe von einer anderen Partei — möglicherweise von den Kommunisten — als Erbschaft übernommen würde.

Die Kommunistische Partei, der es mit ihren 3 728 089 Stimmen gelang, sich zur viertstärksten Partei Deutschlands emporzuschwingen, verdankt ihren Erfolg lediglich den schweren politischen Fehlern der Sozialdemokratie. Ihre Anhängerschaft rekrutiert sich hauptsächlich aus Arbeitern, die an der Sozialdemokratie verzweifelt sind und die, getrieben durch die furchtbare Not und Verzweiflung der letzten Jahre für revolutionäre Schlagworte und eine radikale Phraseologie sehr empfänglich sind. Dabei darf man allerdings nicht übersehen, daß außer den extremen Rechtsparteien, die über große Geldmittel verfügten, keine andere Partei einen ähnlichen Aufwand an finanziellen Mitteln für die Wahlen entfalten konnte, als gerade die Kommunisten, die natürlich von Rußland in der ausgiebigsten Weise versorgt wurden. Und doch wäre es verkehrt, in dem sogenannten Wahlsieg der KPD. mehr wie einen vorübergehenden Erfolg erblicken zu wollen. Eine Partei, die fortgesetzt den schwersten inneren Krisen ausgesetzt ist und die nur durch eine sogenannte „Parteidisziplin“ notdürftig zusammengehalten wird, welche den Kadavergehorsam des alten preußischen Militarismus weit in den Schatten stellt, eine Partei, die man lediglich als Organ der auswärtigen Regierungspolitik der russischen Sowjetrepublik auffassen muß, kann auf die Dauer keine größeren Massen an ihre Fahne fesseln. Schon die Erklärung, welche die Kandidaten der Partei unterschreiben mußten, ist eine direkte Abdankung der Vernunft. Unter anderem heißt es dort: „Ausgehend von diesen Grundsätzen erklärt der Unterzeichnete, daß er als Kandidat und Abgeordneter für das Parlament lediglich Beauftragter der Kommunistischen Partei Deutschlands ist und nicht ein sogenannter ‚Freier Erwählter des Volkes, der nur seinem Gewissen verantwortlich sei‘. Der Unterzeichnete erklärt sich bereit, daß er alle Beschlüsse der Parteizentrale der KPD. ausführt und sich in allen Handlungen und seiner Betätigung diesen Beschlüssen unterordnet.“

Weiter kann das Prinzip eines übergeschnappten Zentralismus wohl nicht getrieben werden. Es ist das Papsttum der Kirche in verschärftem Maße auf die Politik einer Partei übertragen. Diesen ganzen Aufwand hält man für nötig, um die innere Einheit der Partei zu sichern, die trotzdem in keiner anderen Partei so brüchig ist wie gerade bei den Kommunisten. Auch die fortgesetzten „Säuberungsaktionen“ der Zentrale haben bisher das Uebel bloß noch verschlimmert und die letzten Reste des gesunden Menschenverstandes vollends begraben.

Von allen Parteien — die Völkischen ausgenommen — hat gerade die Kommunistische Partei mit einem Aufwand demagogischer Mittel gearbeitet, die jeder Beschreibung spottet. Als die von der Schwerindustrie bezahlte Presse die öffentliche Meinung für das Ruhrabenteuer aufpeitschte und die Sozialdemokratie auch dieses Mal auf den Leim ging, entdeckte die KPD. urplötzlich ihr nationales Herz, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Radek, der Berater der alten Zentrale, verherrlichte Schlageter, den Märtyrer der deutschen Faschisten, und einer der ausgesprochensten Reaktionäre Deutschlands, Graf Reventlow, schrieb seinen berüchtigten Artikel in der „Roten Fahne“, in dem er einem zeitweiligen Zusammengehen der deutschen Faschisten mit den Kommunisten eifrig das Wort redete. Man vergaß ganz, daß es dieselben Kreise gewesen, die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in grauenhafter Weise ermordet hatten. Bekannte kommunistische Politiker, wie Remmele traten in völkischen Versammlungen als Redner auf und wurden von den Faschisten mit stürmischen Beifall begrüßt. Und um der Judenfresserei dieser teutschen Helden Reverenz zu erweisen, erklärte die bekannte Ruth Fischer, die heute mit in der neuen kommunistischen Zentrale sitzt, in einer Versammlung völkischer Studenten: „Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.“ — Der gerissenste Konjunkturpolitiker konnte die verschiedenen Situationen nicht besser ausnutzen, wie es die Wortführer der KPD. getan haben. Wie die KPD. seit ihrer Entstehung ihre Grundsätze fortgesetzt wechselte, je nachdem man von Moskau aus kommandierte, so ist sie auch von ihrem ehemaligen Antiparlamentarismus ziemlich schnell zum sogenannten „revolutionären Parlamentarismus“ gekommen. Sie wird bei dieser Wandlung nicht stehen bleiben, und der „revolutionäre Parlamentarismus“ wird eines Tages der positiven Mitarbeit Platz machen.

Was die ausgesprochenen „Hakenkreuzler“, die Mannen der Deutschvölkischen Freiheitspartei und die Deutschsozialen anbetrifft, so haben sie trotz ihrer 36 Mandate doch nicht den Zulauf erhalten, den sie sich versprochen hatten. Diese Richtungen und noch ein halbes Dutzend anderer Konkurrenten sind kranke Gewächse einer kranken Zeit. Sie wurden mit dem Gelde der Schwerindustriellen und der Großagrarier künstlich aufgepäppelt, um diesen als Sturmbock gegen die Arbeiterbewegung zu dienen. Ihre blöde antisemitische Agitation ist den großen Kapitalisten deshalb erwünscht, weil durch sie die Unzufriedenheit der Massen in andere Kanäle geleitet wird, wo die Polizei leicht mit ihr fertig werden kann. Diese Parteien benutzen bei ihrer Propaganda eine Menge sozialistische Schlagworte,

und es gelang ihnen, damit eine ganze Anzahl Arbeiter, welche den Zusammenhang der Dinge nicht durchschauen, für sich zu ködern. Diese „rassenreinen deutschen Männer“ sind sich aber durchaus nicht untereinander einig, sondern zerfallen in nahezu ein Dutzend verschiedener Richtungen, die sich gegenseitig auf das grimmigste befehlen. Schuld daran ist die große Anzahl der „Generäle“, die sich über die Verteilung der Posten nach dem Siege nicht einigen können. Dabei passieren die drolligsten Dinge. Will so ein echter deutscher Mann einen verhaßten Konkurrenten aus dem Felde schlagen, so braucht er nur auf irgend eine Art nachzuweisen, daß derselbe jüdisches Blut in den Adern hat. Worauf es passieren kann, daß der also Angegriffene in der Presse einen öffentlichen Aufruf erläßt, in dem er demjenigen Hunderttausend Goldmark offeriert, der den Nachweis erbringt, daß wirklich jüdisches Blut in seinen Adern rollt. Auf diese Weise kam man schon zu den merkwürdigsten Entdeckungen: So behauptet man, daß der große Antisemitenhüuptling Wulle eine jüdische Großmutter gehabt habe. Ja, sogar der große Ludendorff, das Idol aller Völkischen in Deutschland, muß sich gefallen lassen, daß man ihn in den „ganz rassenreinen Kreisen“ etwas über die Schulter ansieht, seit die „Familiengeschichtlichen Blätter“ in Leipzig berichtet haben, daß einer seiner Vorfahren, der Kaufmann Karl Otto Ludendorff in Stettin, die Tochter des jüdischen Seifenhändlers Abraham Weilandt zur Frau genommen habe. Wenn man das tolle Spiel dieser Harlekine in der Presse verfolgt, so faßt einem der Menschheit ganzer Jammer an, daß so etwas im 20. Jahrhundert noch möglich ist und dazu noch ausgerechnet bei dem „Volk der Dichter und der Denker“.

Immerhin sind diese völkischen Hanswürste der Deutschnationalen Partei, die mithalf, sie großzuziehen, und die heute infolge ihres großen Wahlsieges mit allen Augen nach der Regierungsfutterkrippe schielt, sehr unbequem. Für eine rein „Nationale Regierung“ langt es noch nicht. Folglich müßte man sich mit dem großen Bürgerblock bescheiden, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten. Die alten Regierungsparteien haben sich geschlossen auf den Boden der Anerkennung des Gutachtens der Sachverständigen gestellt, während die Deutschnationale Partei bei den Wahlen für rücksichtslose Ablehnung eingetreten ist. Was ist da zu tun? Herr Hergt, der Führer der Deutschnationalen, hat zwar schon ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, daß er für die Anerkennung zu haben ist. Und da das Reparationsproblem das erste ist, welches die neue Regierung zu lösen haben wird, so klingt auch bereits durch die deutschnationale Presse ein anderer Ton. Dort, wo man vor den Wahlen entschieden „schwarz“ sagte, sagt man heute schon „grau“; morgen wird man schon „weiß“ sagen. Aber die Völkischen schreien Verrat und behaupten bereits schon, daß die Juden hinter der Sache stecken. Das ist unbequem. Unter diesen Umständen ist es schwer zu sagen, ob dem neuen Reichstag ein langes Leben beschieden sein wird.

Betriebsräte und Syndikalismus.

Von Augustin Souchy.

Durch die Revolution in Rußland und Mitteleuropa zum Durchbruch gekommen, verbreitete sich die Räteidee wie ein Lauffeuer, später jedoch wurde sie immer mehr zurückgedrängt, und heute ist nur noch die Erinnerung an die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zurückgeblieben. Die alten Autoritäten setzten sich mit Hilfe der Sozialdemokraten wieder fest, die Massen glaubten an die neuen Männer, ließen sich betören und von der Idee ablenken, durch eigene Kraft und eigene Organe die neue soziale Ordnung ganz ohne den bürgerlichen Staat aufzubauen. In Rußland, wo die Sowjet- oder Räterepublik sich durchsetzte, verloren die Räte durch die spätere Alleinherrschaft der kommunistischen Partei an Bedeutung und Einfluß, und heute besteht das Räterußland nur noch dem Namen nach, die Arbeiter und Bauern haben trotz ihrer schattenhaften Reste von Räten so wenig zu sagen wie in jedem anderen Lande. Selbst die Betriebsräte sind in Rußland vollständig in der Hand der kommunistischen Zelle eines Betriebes.

In Deutschland war die Idee der Arbeiterräte so populär geworden, daß die Regierung sich gezwungen fühlte, ein Gesetz anzunehmen, durch welches die Betriebsräte als feststehende Einrichtung anerkannt wurden und Funktionen übernahmen, wodurch die Rechte der Unternehmer beschnitten und den Arbeitern Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß eingeräumt werden sollte.

Diese sogenannte „gesetzliche Verankerung“ der Räteidee durch das Betriebsrätegesetz ist ein Bastard der Räteidee, ein Knochen, der von der herrschenden Klasse den Arbeitern hingeworfen wurde, um sie beruhigen. In diesem Zusammenhange ist es am Platze, auf die Wertlosigkeit der Arbeitergesetzgebung hinzuweisen, deren Mutterland Deutschland ist. Eine fünfzigjährige Erfahrung hat das revolutionäre Proletariat gelehrt, daß die soziale Gesetzgebung den Weg zur sozialen Befreiung nicht ebnet, sondern ihn verbaut. Das Proletariat wird dadurch in die Illusion gewiegt, daß es vom Staate etwas erwarten könne, die sozialdemokratische Auffassung vom „freien Volksstaate“ bekommt neue Nahrung. Auf der anderen Seite wird der Glaube und das Vertrauen an die eigene Kraft in demselben Maße geschwächt, wie die Hoffnung auf die Macht des Staates sowie der Glaube an dessen Sorge für seine Untertanen gestärkt wird. Und gerade dieses Vertrauen, das in letzter Instanz im Glauben an übernatürliche Mächte, an die theokratische Grundlage der sozialen Ordnung wurzelt, ist der größte Hemmschuh für die Entwicklung der freiheitlichen Gesellschaft.

Da gerade bei uns in Deutschland die Ideen des Staatssozialismus am meisten kultiviert worden sind, so haben auch wir Syndikalisten

die Gefahren und Auswüchse dieser Doktrin am besten kennengelernt. So hat die F.A.U.D. auf ihrem 14. Kongreß zu Erfurt in einer Resolution zu den gesetzlichen Betriebsräten im ablehnenden Sinne Stellung genommen, es jedoch ihren einzelnen Mitgliedern überlassen, sich daran zu beteiligen. Eine offizielle Beteiligung der F.A.U.D. an den Betriebsräten wurde abgelehnt. Diese Ablehnung stützt sich nicht nur auf einige besonders krasse Paragraphen des Betriebsrätegesetzes, wonach Betriebsräte bei Uebertretung ihrer Befugnisse zu Gefängnisstrafen verurteilt werden können, obgleich auch das ein Grund zur Ablehnung wäre. Die revolutionäre Arbeiterschaft hat aber mehr als einmal erfahren müssen, daß die gesetzlichen Betriebsräte zu Werkzeugen des Unternehmertums geworden sind, anstatt die Interessen ihrer Klassengenossen zu vertreten. Anzeichen hierfür haben sich schon bei den ersten Betriebsräten gezeigt, die ins Leben traten, noch ehe das Betriebsrätegesetz geschaffen war. Die Unternehmer suchten die Betriebsräte durch höfliches Entgegenkommen und durch Bevorzugung ihrer Wünsche zu bestechen. Wenn die Belegschaften nicht wachsam über ihre gewählten Betriebsräte sind und jedes Abweichen vom revolutionären Wege durch geeignetere Kameraden ersetzen, dann wird auch der Betriebsrat vor Korruption nicht bewahrt bleiben. Dieser intime Kontakt und die Identifizierung des Betriebsrates mit der Belegschaft wird durch die gesetzlichen Betriebsräte nicht gewährleistet, da diese staatlich zugelassene Funktionäre sind, die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sich selbst als eine Art Beamten fühlen und gerade durch ihre Gesetzlichkeit von dem Nimbus der staatlichen Autorität umgeben werden.

Gewiß wird ein wahrhaft revolutionärer Arbeiter durch seine Funktion als Betriebsrat niemals zu einem Unternehmernknecht werden, noch wird ihn die Gesetzlichkeit bestechen können. Unsere Genossen in den Betrieben können aber so manches Lied davon singen, wieviel Betriebsräte sich als gesetzlich patentierte Beamten dünken, und bei dem Obrigkeitssimmeln und der Autoritätsgläubigkeit des Deutschen ist die Einführung gesetzlicher Funktionen in die Arbeiterbewegung mit besonderer Vorsicht aufzunehmen.

Die Ablehnung an der Teilnahme der gesetzlichen Betriebsräte bedeutet aber nicht die Verwerfung der Betriebsräte überhaupt. Der Gedanke, daß durch die Räte, durch die Betriebsräte in erster Linie, in weiterer Ausdehnung durch Bezirks- und Landesarbeiterräte die Arbeiterschaft sich größeren Einfluß verschaffen und sich schließlich dadurch in den Stand setzen könne, die Alleinherrschaft der Kapitalisten zu verdrängen, die Demokratie, die heute nur in der Politik besteht, in die Wirtschaft überzuführen, hat bei breiten Arbeitermassen festen Fuß gefaßt. In dieser Form werden die Betriebsräte auch von den reformistischen Gewerkschaften und von der Sozialdemokratie vertreten.

Die Verbände der Roten Gewerkschaftsinternationale sehen in den Betriebsräten Zellen der kommunistischen Partei, deren Aufgabe darin besteht, die Arbeiterschaft der Betriebe für die Ziele der Partei zu gewinnen. Ueber diesen Rahmen hinaus liegt den kom-

munistischen Betriebsräten höchstens noch ob, nach Besitzergreifung der Staatsmacht durch die Partei oder das Direktorium der Partei die erteilten Befehle auszuführen, wie es ja auch schon heute ist.

Wer aber wirklich revolutionäre Betriebsräte erstrebt, die brauchbare Werkzeuge im Klassenkampf sein und vorbereitende Arbeit für die soziale Revolution machen sollen, der wird von den bürgerlichen Gesetzen unabhängige Betriebsräte erstreben. Gerade wir Syndikalisten, die wir nichts vom Staate erwarten, sondern der Meinung sind, daß die soziale Revolution in allen Adern des wirtschaftlichen Lebens, in der Peripherie wie im Zentrum zu gleicher Zeit von den schaffenden Kräften des werktätigen Volkes durchgeführt werden muß, können uns eine Lösung der Frage der Verwaltung in den Betrieben nur durch die Arbeiter des Betriebes selbst vorstellen, da die Arbeiter am besten wissen, wer unter ihnen am fähigsten und geeignetsten ist. Die Idee der Betriebsräte bekommt für uns Syndikalisten einen ganz anderen Sinn als bei den Sozialdemokraten und Kommunisten. Wir stecken die Ziele der Betriebsräte weit höher. Während bei Reformisten und Kommunisten den Räten keine selbständige Aufgabe zufällt, sondern sie nur auszuführen haben, was ihnen Partei und Gewerkschaft auferlegen, sehen wir Syndikalisten in den Betriebsräten nicht nur die ausführenden Organe einer höheren Macht, sondern mit Initiative versehene und selbständig wirkende Kräfte der revolutionären Arbeiterbewegung, die neben dem direkten Kampf auf dem Arbeitsplatze gegen den Unternehmer sich auch für die Uebernahme der Produktion vorbereiten müssen, die sie in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu leiten haben.

Es hat uns der Verlauf der Revolutionen gezeigt, daß sich am Tage ihres Ausbruches neue Organe bilden, die unter verschiedenen Namen auftreten, im Wesen aber dasselbe sind. Ohne auf die Revolutionen der Vergangenheit einzugehen, sei erinnert, daß sich im Laufe der revolutionären Ereignisse in Deutschland, zuerst beim Ausbruch der Novemberrevolution, revolutionäre Räte und Obleute bildeten, die noch bis zum Sommer 1919 hinein bestanden haben, daß auch noch später bei anderen revolutionären Ereignissen, wie z. B. beim Kapp-Putsch, also zu einer Zeit, als schon die gesetzlichen Betriebsräte bestanden haben, sich neue revolutionäre Arbeiterräte bildeten, die aus den Massen selbst erstanden. Diese revolutionären Obleute aus den Betrieben sind *spontane* Organe der Revolution, und sie werden die ersten Träger jeder zukünftigen Revolution sein, die noch während des Zusammenbruches der alten Weltordnung die Elemente der neuen in ihren ersten Anfängen aufbauen.

Sollen wir Syndikalisten in Erwartung der kommenden Revolution und im Vertrauen auf die durch eine Revolution spontan zur Entfaltung kommenden Kräfte die Bildung von revolutionären Betriebsräten heute vollständig ablehnen? Mit nichten. Der Syndikalismus begnügt sich sonst nicht damit, in Erwartung der sozialen Revolution die Hände in den Schoß zu legen, er will auch heute die Solidarität in der Arbeiterschaft wecken und den Kampf für die Hebung der Lage des Proletariats führen. Dazu sind neben den gewerkschaftlichen Organisatio-

nen Vertrauensleute in den Betrieben notwendig. Diese Vertrauensleute sind aber nichts anderes als die Betriebsräte.

Nun gibt es freilich in der Arbeiterbewegung Strömungen, die einen Unterschied machen zwischen den Vertrauensleuten der Gewerkschaften in den Betrieben und den Betriebsräten. Die Bewegung der Shop-Stewards-Councils in England, die heute freilich nicht mehr besteht, und die Betriebsorganisation in Deutschland, die einen sehr geringen Wirkungskreis hat, und, obzwar ein Kind der Revolution, heute schon wieder sichtbar im Rückgang ist, — diese beiden Bewegungen sind organisatorisch von allem Anfang an nur auf Betriebsräte aufgebaut. Diese Bewegungen entstanden in den Betrieben und wuchsen erst von da aus zu lokalen, dann zu bezirksweisen Zusammenschließungen heran.

Sie sehen in den Vertrauensleuten der Gewerkschaften etwas ganz anderes als selbständige Betriebsräte. Wenn man die reformistischen Amsterdamer oder zentralistischen Moskauer Gewerkschaften hierbei im Auge hat, dann sind die Kameraden der reinen Betriebsrätebewegung wohl im Rechte. Das ändert sich aber in dem Augenblick, wo es sich um revolutionär-syndikalistische Gewerkschaften handelt, die als wichtigsten Grundsatz die Selbstbestimmung aufstellen und ihren Mitgliedern volles Selbstbestimmungsrecht gewährleisten. Dagegen würde eine Betriebsräte- oder Shop-Stewards-Councilsbewegung, die sich zentralistisch aufbaut, den Betriebsräten der einzelnen Betriebe weniger Selbständigkeit gewähren wie die föderalistischen Gewerkschaften der Syndikalisten, und in diesem Falle würden sich diese zentralistischen Betriebsräteorganisationen den zentralistischen Amsterdamer oder Moskauer wohl mehr nähern und das Ideal der selbständigen Betriebsräte dadurch verloren gehen.

Wenn also die Syndikalisten die Betriebsräte grundsätzlich anerkennen, dann dürfen sie die Schaffung derselben nicht der kommenden Revolution überlassen. Mag diese Revolution sich neue Organe schaffen, die heutige Zeit erfordert Vertrauensleute oder Betriebsräte in den Betrieben. Und wenn diese Betriebsräte ernsthaft die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen, dann werden sie eine bedeutende Mission in Gegenwart und Zukunft erfüllen. Die Arbeiter werden aber auch bei Ausbruch einer Revolution sich an die Organe erinnern, die in Vergangenheit und Gegenwart das Befreiungswerk des Proletariats vorbereiten halfen.

Die Kommunisten haben ebenfalls die Bedeutung der Betriebsräte für den revolutionären Tageskampf sowie für den endgültigen Entscheidungskampf der Arbeiterschaft eingesehen. Da sie aber den Staat anerkennen und eine parlamentarische Partei sind, so nehmen sie natürlich auch Anteil an den gesetzlichen Betriebsräten. Diese wollen sie zu gefügigen Werkzeugen ihrer Parteipolitik machen. Hierin liegt eine Gefahr für die revolutionäre Arbeiterschaft, und deshalb muß der kommunistischen Propaganda die des revolutionären Syndikalismus entgegengesetzt werden.

Das kann am erfolgreichsten geschehen, wenn wir freie Betriebsräte schaffen, die von den gesetzlichen vollständig unabhängig sind.

Die Aufgaben dieser freien Betriebsräte müssen mannigfaltig sein. Sie müssen in den Betrieben, bei Betriebsversammlungen und bei sonstigen Gelegenheiten die Ideen des revolutionären Syndikalismus vertreten, dem Wirken der Parteipolitikanten und deren Anhängern entgegentreten und sich selbst für die Uebernahme und technische Leitung der Betriebe vorbereiten sowie die Arbeiterschaft immer und immer wieder auf dieses große Endziel der Arbeiterbewegung aufmerksam machen.

Wenn es uns gelingt, in diesem Sinne an dem Aufbau und Ausbau der revolutionären Betriebsräte zu arbeiten, dann werden wir die Gewißheit haben, daß bei einer Besetzung der Betriebe, wie sie beispielsweise in Italien erfolgte, die Arbeiterschaft im Vertrauen auf ihre eigene Macht und Stärke den Kampf erfolgreich bestehen kann.

Das schwierigste Werk der sozialen Revolution ist nicht die Eroberung oder Besetzung der Betriebe, jener wirtschaftlichen Zellen, auf denen sich die gesamte soziale Ordnung unseres industriellen Zeitalters aufbaut, sondern die Verwaltung derselben.

Die soziale Revolution, die wir Syndikalisten erstreben und durchführen wollen, ist eine wirtschaftliche Revolution. Sie setzt nicht ein bei der Eroberung der Staatsmacht, der Besetzung der Ministerposten und hohen Staatsämter, das überlassen wir den politischen Parteien. Wir erblicken vielmehr in den landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Betrieben die Zellen, auf denen sich die gesamte soziale Ordnung unseres Zeitalters aufbaut. Die Eroberung und Verwaltung dieser Zellen, der Betriebe, ist die wichtigste Aufgabe der Revolution. Während die Eroberung die Sache eines Handstreichs sein kann, liegt gerade in der sofortigen geregelten Verwaltung, in der ununterbrochenen Fortsetzung der Produktion, in der Heranschaffung der Rohmaterialien, in der Aufrechterhaltung der Verkehrsmittel, in der raschen Weiterbeförderung und Verteilung der erzeugten Güter der Angelpunkt der sozialen Revolution. Diese kann als gelungen bezeichnet werden und die Konterrevolution wird die geringsten Aussichten haben, wenn die wirtschaftliche Seite der Revolution sofort in die Augen springende Erfolge, sichtbar für die gesamte Bevölkerung, aufzuweisen hat. Dann wird eine solche Revolution bei weitem nicht den Aufwand auf die Verteidigung gegen die Konterrevolution nötig haben, wie eine Revolution, die den von den Staatskommunisten gezeichneten Weg durch Eroberung der Staatsmacht geht.

Wenn ein solcher Verlauf der Revolution ermöglicht werden soll, wie wir Syndikalisten ihn erstreben, dann müssen wir in den Betrieben der landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Unternehmungen syndikalistische Betriebsräte organisieren, die sich für ihre gewaltigen Aufgaben vorbereiten und heute schon durch tatkräftiges Eintreten im Klassenkampfe sich die Sympathien der Arbeiterschaft zu gewinnen suchen.

Die soziale Gesetzgebung.

Von D. A. de Santillan.

Als Saverio Merlino auf dem so übel beleumundeten sozialistischen Kongresse in Paris 1889 frank und frei der Meinung Ausdruck gab, daß die Tatsache, daß auf der Tagesordnung „Die Arbeitergesetzgebung“ als Thema figuriere, ein Zeichen dafür sei, daß der Kongreß kein sozialistischer sei, waren es die Magnaten der internationalen Sozialdemokratie, die Bebel, Lafargue, Vaillant, Iglorias, Mesa, Adler, Anseele, die zum Himmel aufschrien und bei den niederträchtigsten Beleidigungen gegen unsern Kameraden anlangten. Aber seine Behauptungen bleiben bestehen und überall dort, wo wirklich revolutionäres Leben sich zeigt, ist die soziale Gesetzgebung verdammt als Antisozialismus. Auf diesem selben Kongreß, der im Zeichen des Triumphes der Sozialdemokratie stand, eines Triumphes, der 1896 in London mit endgültigem Aus-schluß der Anarchisten von den Kongressen des gesetzlichen und parlamentarischen Sozialismus gekrönt wurde, führte William Morris den Delegierten das Beispiel der englischen Bourgeoisie vor Augen, die es versuchte, der anschwellenden revolutionären Gefahr durch das sichere Werk à la Bismarck und einer neuen Form von Produktionsgenossenschaften zu begegnen, die die ersten entschieden revolutionären Genossenschaften ersetzen sollten. Dennoch: der Kampf für die Arbeitergesetzgebung wurde auf diesem Kongresse angenommen, auf dem unter andern auch die Stimme eines Domela Nieuwenhuis gegen die Lügen des Parlamentarismus und die Illusion des Reformismus sich hören ließ.

Eine Tat, wie die soziale Gesetzgebung, die einen Bismarck zum Vater hatte, eine Tat, die die Bourgeoisie aller Länder gegen die Arbeiterklasse anwendete und in der die Regierungen im allgemeinen wetteiferten, um vermittels ihrer gesetzlichen Mittel das Glück der Arbeiterschaft zu errichten, eine derartige Tat hätte den Reformisten, die vorgaben, im Namen des Sozialismus zu sprechen die Augen öffnen sollen. Das war aber nicht so. Die Stimme der Antiautoritären ist durch die Wahlerfolge der Sozialdemokratie und durch die Regierungsreaktion für einige Zeit unterdrückt worden. Und wenn es auch wahr ist, daß sie in keinem Lande ganz verstummte, so ist es ebenso wahr, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft sich von Abenteuern parlamentarischer Kämpfe und jenem unglücklichen Glauben an ein Glück ins Schlepptau nehmen ließen, das von Staatswegen her diktiert werden sollte. Die sozialdemokratische Taktik und Ideologie hat zur Einschläferung und Passivität der arbeitenden Massen mehr beigetragen als alle ausdenkbaren Unterdrückungsmittel der Reaktion. Wieviel

bittere Erfahrungen hätten vermieden werden können, wenn man im Jahre 1889 auf die kategorische Forderung Merlino's gehört hätte!

Man könnte annehmen, daß die Arbeiter aus vierzig Jahren Parlamentarismus der Arbeiterschaft etwas gelernt hätten und nun endlich diesem falschen Weg den Rücken kehren würden. Aber wir sehen im Gegenteil, daß in allen Ländern Sozialdemokraten und reformistische Führer in höchste Regierungsstellen hineingelangen und in ihren Händen das Steuer des kapitalistischen Staates halten, trotzdem aber nicht das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren. Die Geschichte selbst bietet der Welt zahlreiche Beispiele dafür, wie berechtigt unsere Befürchtungen gewesen sind. Wir und unsere Vorkämpfer haben von jeher die Reaktion in der Autorität gekennzeichnet, gleichgültig in welcher Form oder unter welchem Namen sie auftritt; wir haben auf die Gefahr des autoritären Sozialismus hingewiesen und haben gezeigt, daß er sich kaum von den bestehenden Systemen der Reaktion und des Konservatismus unterscheidet; die Reformen und Schutzgesetze für die Arbeiterschaft haben wir entlarvt als das, was sie sind: *Ausdruck der Sklaverei des Staates und der Habsucht der bürgerlichen Klasse.*

Überall sehen wir dasselbe Beispiel; in Rußland, Deutschland, Dänemark, England usw. haben Regierungsmänner im Namen des Sozialismus und der Arbeiterschaft in schändlicherer Weise gewirkt, das Elend des Proletariats wie seine Sklaverei aufrecht zu erhalten und die Privilegien der herrschenden und besitzenden Klasse zu restaurieren und zu festigen als selbst die Staatsmänner des alten Regimes.

Man sollte meinen, daß das Proletariat doch nun endlich verstünde, wo die Gefahr liegt, denn es ist offenbar, daß die Reaktion dieselbe, daß die Ursache des Uebels dieselbe und die gleiche ist unter jeder Regierungsform: *diese Ursache ist die Autorität, diese Ursache ist der Staat.* Dennoch: das hat man noch immer nicht verstanden. So wie die Völker, die während des Weltkrieges einander niedermachten im Interesse ihrer industriellen und politischen Cliques, ihre tragischen Erfahrungen vergessen haben und wenn man sie aufrufen würde, morgen in ein neues Morden hineinrasten, in derselben Weise schließen sie die Augen gegenüber den Lektionen einer so bezeichnenden Realität und horchen mit großer Aufmerksamkeit auf alle Lügen, die nur den Zweck haben, alle Dinge und Ereignisse zu verschleiern.

Die russischen Diktatoren waren einmal die Unschuldigen während der Blockade und dieses Schlagwort wurde in geradezu religiöser Weise von dem unterdrückten Volke hingenommen; wem die Kommunisten heute die Schuld an dem Elend und der Knechtschaft der russischen Arbeiter zuschieben, wissen wir nicht. Die deutschen Sozialdemokraten schoben die Schuld an der elenden Lage des Landes auf Poincaré und das Volk hoffte geduldig auf die von den Nachfolgern der Hohenzollern verheißene Zeit — und folgte den Befehlen seiner Gewerkschaftsführer und Parlamentarier. Und so kann man sagen, je mehr die Staatsgewalt sich in den Händen autoritärer Sozialisten befindet, um so mehr enthüllt sich eine alte Wahrheit, die ausschließlich von Anarchisten und Syndikalisten proklamiert wurde: *Es ist kein wesentlicher Unterschied zwischen einem Staat der Linken oder einem Staat*

der Rechten. Autorität bleibt immer Autorität und ruft hervor Sklaverei und Elend, Privilegierte und Enterbte, und die Enterbten sind immer die Arbeiter.

Ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seit das zum ersten Male ausgesprochen wurde, und zwar nicht ohne tiefe Kenntnis der Tatsachen. Was fehlte, war die brutale Realisation, die dem Kriege nachfolgte. Trotz allem: große Massen der Opfer schleppten passiver- oder atkiverweise, stillschweigend oder nachdrücklichst den Triumphwagen der Despoten und erhofften Jahrhunderte hindurch, daß Freiheit und Wohlstand ihnen vom Himmel des Staates in den Schoß fallen sollten wie seinerzeit das biblische Manna.

Es wird immer ersichtlicher, daß im gesellschaftlichen und historischen Leben zwei entgegengesetzte Pole existieren, die je nach den Umständen eine größere oder geringere Anzahl menschlicher Wesen anziehen: *Die Autorität und die Freiheit*. Einen Mittelweg suchen zu wollen oder danach trachten, etwas zu erreichen, das weder dem einen noch dem andern Pole zugehört, bedeutet die Quadratur des Zirkels suchen. Auch ist es gewiß, daß die Revolution nur vermittels der Freiheit möglich ist und Autorität die Revolution immer erdrücken und strangulieren muß. Mit diesem historischen Fatalismus rechnen wir, auch der größte aller Optimisten würde ihn nicht außer acht lassen können. Seit langem schon gibt es Anhänger der Freiheit und Anhänger der Autorität; die ersteren sind Revolutionäre, die anderen sind es nicht, auch wenn sie guten Willens sind. Und hier wäre ein Propagandawerk ersten Ranges: Klärung der Lügen und Sophismen der autoritären revolutionären Gebärde. Viele, sehr sehr viele Arbeiter sind von einem Geist des Kampfes und von revolutionären Wünschen beseelt, aber sie ahnen nicht, daß sie auf dem Wege der Autorität nur dahin gelangen, die Sklavenketten immer aufs neue zu schmieden! Wenn es unserer Propaganda gelingt, sie zu überzeugen, daß Staat, Freiheit und Wohlstand der Arbeiterschaft so wenig zusammen passen, wie Wasser und Feuer, daß der Sozialismus, den man als autoritär bezeichnet, kein Sozialismus ist, sondern Reaktion, dann können wir den Endkampf gegen die alte Gesellschaftsordnung für gewonnen betrachten.

Wir sprechen von Reaktion in demselben Sinne wie Bakunin, als er die Gefahr für die Zukunft im Bismarckismus und Marxismus aufdeckte, denn für uns bedeutet Reaktion nichts anderes als eine Stärkung jener Ideen, die die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen stärken und erhalten. Und in diesem Sinne betrachten wir die soziale Gesetzgebung, die in Ländern wie Deutschland und die Schweiz so fest begründet und in der Sowjetrepublik so geschätzt ist, gleicherweise reaktionär und antisozialistisch wie den faschistischen Terror, oder für reaktionärer, denn der faschistische Terror stützt sich auf Furcht, die soziale Gesetzgebung aber ist nur mit Hilfe der Arbeitermassen durchzuführen und pflegt von denselben betrachtet zu werden als ein direkter Vorteil, ja als in gewisser Weise revolutionär. Hieraus erklärt sich, warum die autoritären Sozialisten noch immer Millionen Anhänger haben, die so den Reformismus unterstützen; sie

glauben, daß Reformismus der Reaktion entgegengesetzt sei und argwöhnen gar nicht, daß die Bourgeoisie und die Regierungen aller Länder nichts anderes zu tun wünschen, als Reformen und soziale Gesetzgebungen à la Bismarck zu erlassen, um so die Revolution hinzuhalten.

Eine ernsthafte Studie über die reaktionäre Bedeutung der sozialen Gesetzgebung bringt uns ganz von selbst dazu, zu wiederholen, was seit Bismarck bis zum heutigen Tage schon soundsoviele Male ausgeführt wurde über Parlamentarismus, über die Illusion der Demokratie und die Lüge einer Regierung aus dem Volke für das Volk. Dieses Thema erforderte viel Platz und könnte in einem Artikel dennoch nicht erschöpft werden; begnügen wir uns mit einem praktischen Beispiel, von unserm Gesichtspunkte aus gesehen.

In Argentinien, einem Lande, in dem die Allheilmittel marxistischer Ideologen niemals großen Anklang gefunden hatten, erhob sich vor einigen Monaten eine gewaltige Bewegung gegen das Projekt einer Arbeiter-Altersversicherungsgesetzgebung. In Buenos Aires erklärten verschiedene Zweige der Industrie den Streik, 20 000 Arbeiter protestierten gegen jenes Gesetz. Die Regierung, die die Ausbreitung des in der Hauptstadt ausgebrochenen Streikes vermeiden wollte, vertagte das Gesetz um 70 Tage mit der Vorgabe, verschiedene Aenderungen aufzunehmen, wie zum Beispiel die Berechtigung für Ausländer, das in die Altersversicherung eingezahlte Geld bei der Rückkehr in ihre Heimat wieder ausgezahlt zu bekommen. Aber die Arbeiterklasse Argentinien, inspiriert von einem traditionellen freiheitlichen Geist, wandte sich gegen die Anerkennung besagten Gesetzes wie sie sich dagegen wendete, freien Menschen neue Ketten anzulegen. Beinahe spontan brach in allen Teilen des Landes der Generalstreik aus. Die Arbeiter lehnten die soziale Gesetzgebung ab und die Regierung bestand darauf, sie einzuführen. Das Resultat dieses gegenwärtigen Kampfes mag ausfallen, wie immer es sei. Eines ist gewiß, das Gesetz der Arbeiteraltersversicherung wie jede andere versklavende Reform wird immer den lebendigsten Widerstand im Proletariat dieses Landes finden. Hier sehen wir eine geistige Einstellung, die sich sehr unterscheidet von dem, was die Propaganda des autoritären Sozialismus in den meisten Ländern Europas hervorrief. Während in Deutschland und Rußland beispielsweise derartige Gesetze von breiten Massen als Vorteil betrachtet werden und Sozialdemokraten und Kommunisten sie als ein Ideal hinstellen, lehnen die Arbeiter Argentinien sie ab, bekämpfen dieselben mit allen Waffen der direkten Aktion und bringen alle Mittel in Anwendung, die Regierung zu veranlassen, solche Gesetze zurückzunehmen, genau mit derselben Entschlossenheit und demselben revolutionären Geiste, mit dem sie im Jahre 1910 den Erlaß von Ausnahmegesetzen gegen anarchistische Propaganda bekämpften. Alle, die ihre Augen nicht verschließen wollen, können in dem Beispiel Argentinien wie auch an dem vielleicht schon vergessenen Beispiele Bismarcks eine Enthüllung des Wesens der sozialen Gesetzgebung erblicken: die Arbeiter lehnen sie ab und bekämpfen sie. Die Regierung

bemüht sich, sie einzuführen. Ist es möglich, zu glauben, daß dann, wenn die soziale Gesetzgebung nicht vorteilhaft für die bestehende Gesellschaftsordnung wäre, die argentinische Regierung ein Interesse daran hätte, dieselbe gewaltsam mit allen polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen einzuführen? Ist es möglich, sich auszudenken, daß die Regierung für das Wohlergehen der Arbeiterschaft sich einsetzen würde und Gewalt anwendete, um diesen ihren humanen Zweck zu erreichen? — Nein! Die argentinische Regierung, die sich unter dem Druck ihrer internationalen Gläubiger in einer kritischen finanziellen Lage befindet, sucht in dem Gesetz der Arbeiteraltersversicherung eine Einnahmequelle, die viele dringende Schwierigkeiten zu lösen imstande ist. Daher kommt ihr Interesse, ein solches Gesetz einzuführen. Die soziale Gesetzgebung à la Bismarck hatte ebenfalls dem deutschen Staate eine laufende Rente verschafft. Vielleicht war es dieses Beispiel, an das die argentinischen Gesetzgeber dachten, um so der Gefahr des drohenden Bankerottes begegnen zu können.

Sind wir gegen praktische sofortige Verbesserungen? Durchaus nicht! Wir dürfen sagen, daß wir, trotzdem wir gegen den gesetzgeberischen Schwindel und die Sophismen sozialer Gesetzgebung sind, die einzigen sind, die neben dem Kampf für das Wesentliche der Revolution für sofortige Verbesserungen eintreten. Frisch im Gedächtnis ist der Verlust des Achtstundentages, dieses immer vorgeschobenen Ruhmes der Sozialdemokratie, dessen Verlust nun von derselben Sozialdemokratie sanktioniert wurde. Die IAA. hat von Zeit zu Zeit ihren Alarmruf für die Verteidigung des Achtstundentages hören lassen, weder Amsterdam noch Moskau gaben Antwort. Und in jenen Ländern, in denen die autoritären Sozialisten Millionen von Anhängern zählen, in denen das Staatssteuer sich in ihren Händen befindet, wurde der Achtstundentag dem Ehrgeiz der großen Kapitalisten als Brandopfer gebracht. Und Kämpfe, die in verschiedenen Orten Deutschlands von unsern Kameraden für den Achtstundentag eingeleitet wurden, wurden von Arbeiterorganisationen sabotiert, die gehorsam auf die Stimme jener Führer horchten, die immer die Eröberung praktischer Vorteile gepredigt und uns als Utopisten, Träumer und Romantiker einer fernen Zukunft hingestellt hatten. Ja, wir erstreben eine Zukunft (sei sie weit oder nah) der Freiheit und Gleichheit, aber wir leben und kämpfen in der alltäglichen Wirklichkeit. Würden wir auf eine Wage legen können, was das Proletariat an praktischen Tageserfolgen den autoritären Sozialisten verdankt, die sich damit beschäftigten, Gesetze zu erlassen oder Gesetzesprojekte auszudenken und auf der anderen Seite das, was unseren Aktionen zu verdanken ist, so müßten wir konstatieren, daß nicht in den Parlamenten, sondern in den revolutionären Kämpfen die kleinen Vorteile errungen wurden, die das Proletariat dem Mittelalter gegenüber besitzt. Ja, auch wir kämpfen für sofortige Verbesserungen, aber wir schätzen jene Mittel nicht, die bezeichnend sind durch Aufgabe der Initiative der arbeitenden Massen selbst, die Aufgabe der eigenen Aktion und die Aufgabe der Zukunft für bloße Reformen, die wesentlich nichts an der Lage der Produzenten ändern. Die soziale Gesetzgebung ist ein

wunderbares Mittel, die Arbeiter in ständiger Lethargie zu halten und die Arbeiter Argentiniens haben recht, daß sie sich genau wie damals gegen das Ausnahmegesetz gegen revolutionäre Propaganda, mit aller Macht gegen die Einführung einer derartigen Gesetzgebung stemmen. Der Tag wird kommen, an dem auch die deutsche Arbeiterschaft einsehen wird, daß aus demselben Grunde, aus dem sie 1920 Kapp und Lüttwitz durch den Generalstreik bezwang, eine bismarckianische und marxistische Gesetzgebung, die sich soziale und Arbeitergesetzgebung nennt, niederzuringen ist. Und dieser Kampf bedeutet gleichzeitig Kampf gegen die Verteidiger solcher Gesetzgebung, *welche immer die Regierungsmänner* sind, die einen Wall gegen die Revolution aufbauen wollen: es bedeutet den Endkampf gegen den Staat an sich, gegen das Prinzip der Autorität.

Nationalismus und Internationalismus.

Von M. N e t t l a u, Wien.

Nationalismus und Internationalismus standen sich an der Wiege der alten Internationale, 1864, gegenüber. Orsinis Bombe, Januar 1858, hatte den Nationalismus in sein gefährlichstes Stadium gebracht, dasjenige, in welchem er sich zum blinden Werkzeug der Politik der Großstaaten hergibt, um nur seine Machtträume zu verwirklichen. Der italienische, deutsche, polnische Nationalismus flammte lichterloh auf, und die Pläne Napoleons III., Bismarcks und wahrscheinlich auch Englands gegen Rußland begannen zu reifen. Speziell Napoleon III. erwartete durch nationale Kriege und territoriale Expansion (Nizza und Savoyen) seine Usurpation, 1851, vergessen zu machen und sein Kaisertum endlich auf wirtschaftlicher Popularität fest zu begründen. Daher ließ er auch den Arbeitern die Zügel etwas locker und begünstigte deren freundlichen Kontakt mit englischen Arbeitern (Weltausstellung in London, 1862). Sie begegneten Engländern, die ganz unter dem Einfluß Mazzinis und der polnischen Propaganda standen, d. h. auf jener Stufe, auf der Internationalismus und Nationalismus sich scheinbar berühren, indem das Eintreten für die nationalen Ziele eines fremden Volks bereits für Internationalismus gehalten wird, während es doch nur einen indirekten, durch Parteinahme den Zwiespalt verschärfenden Nationalismus darstellt.

Es ist das unendliche Verdienst einiger wirklicher Londoner Sozialisten verschiedener Länder und Pariser Republikaner (Henri Lefort), die Gefahr des Arbeiternationalismus zugunsten der Pläne Napoleon III. und Mazzinis abgewendet zu haben; der Haß gegen Napoleon III. war in erster Linie das treibende Motiv. Sie mußten aber mit den vorhandenen Kräften rechnen und wurden überdies durch den erst bei der unmittelbaren Gründung der Organisation hinzugezogenen Karl Marx bald in die Opposition gedrängt und dann ganz eliminiert. Marx' internationales Ideal war eine internationale Entente gegen Rußland; zu diesem Zweck förderte er die Verständigung zwischen den anderen Völkern, also die Beseitigung des italienischen, französischen und

deutschen Nationalismus vor allem; er hoffte, daß England durch Irland in Schach gehalten werde. Da er aber die Kampfbereitschaft und den Kampf gegen Rußland wünschte, konnte er eine Schwächung der Macht der vorhandenen west- und mitteleuropäischen Staaten nicht zugeben. Er war eben von seinem eigenen Axiom, dem der ungeheuren Macht Rußlands und dessen akuter Bedrohung Europas, hypnotisiert und konnte sich eine Rußland einschließende europäische oder Weltsolidarität nicht vorstellen.

Bakunin ging seit jeher von der vollständigen Gleichwertigkeit der Russen und aller übrigen Slaven mit den Völkern Mittel- und Westeuropas aus und stand stets auf dem Boden einer totalen Neuordnung der Gruppierung der Völker nach ihrem eigenen gegenwärtigen Willen, ohne Rücksicht auf historisch entwickelte Verhältnisse, mit Zusammenschluß zu einer europäischen oder die Erde umfassenden Föderation, deren einzelne Bestandteile das Recht der Sezession besitzen würden, d. h. sie würden sich jederzeit nach ihrem eigenen Willen umgruppieren können, wodurch Unterdrückung und Eroberung, also auch Kriege, ausgeschlossen wären und jeder Versuch dazu von der Gesamtheit verhindert würde.

Für Bakunin waren also *Internationalismus* und *Anarchismus* untrennbar verbunden, weil nur eine die Staatsgrenzen brechende, sich frei gruppierende Menschheit in friedlichen gegenseitigen Beziehungen, leben kann, also das Minimum von Internationalismus, *mutual good will* (gegenseitiges Wohlwollen) ohne Hintergedanken verwirklichen kann. Jeder unabhängige Staat ist sich allein Selbstzweck und sieht die übrige Welt nur als Feind an, über die er Vorteile erringen will oder denen er sich als Schwächerer momentan grollend fügt. Die Größe der Staaten ändert hieran gar nichts; wird der große Staat durch seine Allmacht brutal, so wird der kleine Staat durch seine Ohnmacht erst recht verbissen und tückisch und gibt ohnedies seine Unabhängigkeit preis, indem er sich stets in den Schatten einer größeren Mächtecombination begibt und Brocken von deren reichem Tisch aufliest, seiner notgedrungenen Knechtschaft fluchend und nach Rachegelegenheiten ausspähend.

Durch die industrielle Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts und die alle Länder, wie nie zuvor, verbindenden, sie aber desto intensiver als Konkurrenten trennenden und neue Monopole begründenden modernen Verkehrsverhältnisse zu Land und zu Wasser wurden die besitzenden Klassen aller Länder an dem beständigen Kampf der Staaten untereinander auf das äußerste materiell interessiert und um die Machtmittel jedes Landes voll ausnützen zu können, mußte die Mentalität der arbeitenden und der landbebauenden Bevölkerung ganz und gar auf Staatlichkeit und Nationalität eingestellt werden, was durch Erziehung, Presse und die nie ruhende Hetz- und Haßpolitik vom Wiegenlied bis zur Grabrede pünktlich in allen Ländern vor sich geht.

Wie verhalten sich nun die Arbeiter hierzu, soweit sie politisch denken und organisiert sind? Die meisten Arbeiter wünschen stets zweierlei: sie hoffen auf eine künftige sozialistische Gesellschaft und sie wünschen in der gegenwärtigen Gesellschaft möglichst menschen-

würdig zu leben. So unendlich berechtigt der letztere Wunsch ist und so sehr seine relative Befriedigung dazu beiträgt und dazu notwendig ist, die Arbeiter kampffähig und kampffreudig zu machen und zu erhalten, so ist doch damit unauflöslich verbunden, daß die Interessen der Arbeiter mit den Interessen *der Borgeoisie, des Staates, der Nation* zusammenfallen, der sie gerade angehören, wodurch also die Arbeiterbewegungen nach der einen Seite hin fest im Staat wurzeln und sich mit dem Wohlergehen des Staates und dem der nationalen Bourgeoisie verwachsen fühlen. Hieran ändert der politische Kampf, der Klassenkampf und der Idealismus einzelner gar nichts; der Sozialpatriotismus ist darin fest begründet, daß nach der allgemeinen Auffassung ein siegreiches Land auch bessere Arbeitsbedingungen bietet, weil es den Besiegten nicht nur seinen politischen, sondern auch seinen ökonomischen Willen aufzwingen kann und dies natürlich nie zu tun unterläßt.

Was bleibt hier noch von Internationalismus übrig? Nicht der leiseste Rest außer dem irreführenden Namen, den sich mit gleichem Recht eine internationale Schuhfabrik zulegt, weil sie in mehreren Ländern Niederlagen hat, und internationale Arbeiterorganisationen, weil sie sich aus lokalen nationalen Patrioten verschiedener Länder zusammensetzen. Der den *Staat*, also viele Staaten anerkennende autoritäre Sozialismus führt, wie Bakunin einmal schrieb (1872), „direkt zur Errichtung neuer großer Nationalstaaten, die, getrennt und notwendigerweise rivalisierend und einander feindlich sind, zur Negation der Internationalität der Menschheit“ . . . Es gibt da absolut keinen Ausweg; denn auch innerhalb einer Föderation der jetzt bestehenden Staaten würde die Kräfteungleichheit die alten Hegemonien nur fortsetzen. Nur das vollständige Zertrümmern der alten Staatsapparate und die gleichzeitige Beseitigung der sich auf die zufällige lokale Lage von Naturschätzen, Rohstoffen usw. stützenden ökonomischen Monopole und Privilegien kann den Zustand des einfachsten friedlichen Nebeneinanderlebens der Menschen anbahnen, der allein Internationalismus genannt werden kann. Wer aber will dies außer den Anarchisten, d. h. auch nur solchen Anarchisten, die hierüber nachgedacht haben und sich vom Bann der lokalen Unabhängigkeitsfiktionen, die immer zum Staatstum zurückführen, befreit haben?

Daher sind *staatlicher Sozialismus, Nationalismus und Krieg* so eng verbunden und sich gegenseitig bedingend, wie *anarchistischer Sozialismus, Internationalismus und Friede*. Diese Tatsache unbeachtet zu lassen, bedeutet nicht, sie zu beseitigen, sondern nur ein hoffnungsloses Herumirren und Sichabquälen mit dem Unmöglichen.

Ebensowenig kann, meiner Ansicht nach, der *Syndikalismus* dieser Wahl entgehen; betrachtet er sich lokal gebunden, die Interessen einer territorialen Arbeiterbevölkerung vertretend, dann haftet er am Staat und verewigt den Krieg. Nur wenn er auf viele, derart über Schwächere im Ausland leicht zu erringende Siege verzichtend, wirklich den Genossen der schwächeren Länder Opfer bringt, um hierdurch bewußt die Staatsgrenzen niederzubrechen und die freie menschliche Solidarität der Stärkeren und Schwächeren den gemeinsamen Feinden, Kapital und Staat, gegenüber herzustellen, — nur dann wird er den ersten Bau-

stein zur freien Gesellschaft gelegt haben. Er muß lernen, gerecht und edel zu sein und es verschmähen, die durch kapitalistische Konkurrenz, Staatspolitik und Kriege geschaffene Hierarchie der Staaten dadurch anzuerkennen und mitzugenießen, daß er diese Zerklüftung der Menschheit als gegebene Tatsache hinnimmt. Sonst bleibt er eben Mitschuldiger und Mitprofiteur der menschheitszerreißenden Staaten und verewigt seine eigene Ohnmacht, Haß, Elend und Krieg.

Es mag praktisch noch so schwer sein, neben dem gewiß absolut notwendigen Gegenwartskampf des Syndikalismus um lokal Erreichbares und zur Verteidigung des bereits Gewonnenen diesen bewußt gegen das die Bourgeoisie, die Staaten und sehr viele Arbeiter befriedigende System der Konkurrenz, der Unterdrückung der Schwächeren, der Kriege und der fortschreitenden Verelendung und Verrohung der Menschheit gerichteten, viel größeren Kampf aufzunehmen, — aber es muß eben geschehen oder es bleibt alles beim alten, genauer gesagt, es wird alles immer schlechter. Oder erwartet man eine Lösung in dem Sinn, daß durch die immer steigende Verelendung der wirtschaftlich schwächeren Nationen diese schließlich eliminiert werden und eine einheitliche siegende Rasse schließlich durch ihr Alleinvorhandensein das Problem der Internationalität aus der Welt schafft, etwa so, wie die Ureinwohner Amerikas ausstarben, in der Wildnis blieben oder in Reservationen interniert wurden? Dies wünscht gewiß kein fühlender Mensch und Arbeiter, auch der stärksten Länder, und doch läßt man der darauf hinauslaufenden kapitalistischen und staatlichen Vernichtungspolitik gegen die Schwächeren freien Lauf.

Einer Tätigkeit in dem von mir entworfenen Sinn des wirklichen Internationalismus steht entgegen die von der jetzigen Gesellschaft geschaffene Mentalität der Arbeiterbevölkerungen aller Länder, die nur vom möglichsten Wohlergehen ihrer Länder etwas für sich erwarten, und die leicht ersichtliche Tatsache, daß eine solidarische Ausgleichung der zwischen den Arbeitern verschiedener Staaten entstandenen immer größeren Unterschiede, eben den prosperierenden, Opfer auflegen würde, während sie den Verelendeten Vorteile brächte.

Zieht man statt dessen vor, daß die prosperierenden noch mehr prosperieren und daß die Verelendeten noch elender werden, dann rühre man keinen Finger, lasse das Kapital und die Staaten walten, und deren Wille geschehen; nur sollte man dann auf das Wort international ganz verzichten und offen den Kriegszustand zwischen den Menschen in Permanenz erklären.

Denn beides *kann* man nicht haben — die Vorteile der menschen-trennenden Staatenpolitik und die *Anbahnung* der menschenvereinigenden freien Gesellschaft. Der politische Sozialismus hat sich längst der heutigen Gesellschaft eingeordnet; der in allen praktischen Fragen nur lokal und territorial handelnde Syndikalismus tut tatsächlich das selbe. Die ersten Schritte zur Freiheit und Menschenvereinigung sind also noch zu machen.

Wie kann man hoffen, dieses Ziel während revolutionärer Krisen in großem Umfang zu erreichen, wenn, wie bisher, noch praktische Versuche, theoretische Anerkennung und der feste Wille selbst fehlen?

Das Ziel mag zu weit gesteckt, die Opfer mögen zu groß erscheinen. Aber wer kann erwarten, daß sich die wirtschaftliche Befreiung der Menschen ohne unendliche Mühe und Opfer vollzieht? Der staatliche Sozialismus scheute längst diese Opfer und warf sich dem Parlamentarismus in die Arme; der zu Bakunins Zeit als wirklich den Internationalismus verkörpernd gedachte Syndikalismus, der Rahmen der künftigen freien Gesellschaft, wurde durch seine territoriale Spezialisierung gleichfalls mit dem Schicksal der heutigen Staaten verkettet: welche internationalen Aktionskräfte bleiben also übrig? Kein freiheitlich Denkender würde solche Kräfte im Kommunismus suchen; sie sind nur in einzelnen Anarchisten und anderen freien Menschen zerstreut und isoliert vorhanden. Soll dies alles sein? Wird die freiheitliche Richtung des Syndikalismus auf die *Anbahnung* solcher Tätigkeit als unpraktisch oder utopisch verzichten?

Mir persönlich scheint diese Frage als die Lebensfrage der ganzen Arbeiterbewegungen. Mit dem „*Hineinwachsen* in den Zukunftsstaat“ begann es; heute ist man längst fest am *Gegenwartsstaat angewachsen*. Jede sozialistische Aktion ist heute intensiv lokal, d. h. staatlich und national. Internationale Aktionen sind kraftlos und nur nominell. Es bleibt noch *alles* zu tun übrig. Selbst die internationale Information, so reichlich sie in Bewegungsangelegenheiten erfolgt, fehlt so gut wie ganz in allgemeinen politischen und ökonomischen Angelegenheiten oder ist eine der lokalen Propaganda angepaßte, deren wirkliches Verständnis den Lesern anderer Länder entgehen muß.

Ich würde gewiß lieber Fortschritte im Sinn des wahren Internationalismus freudig begrüßen, als ihre Abwesenheit, so viel ich sehen kann, hervorzuheben. Aber der Staat ist eben der Feind der Menschheit und nichts im Rahmen des Staates Geschehende kann etwas anderes als der Menschheit feindlich sein; daher ist dies auch der staatliche Sozialismus und der territoriale Syndikalismus. Menschheit, Freiheit (Anarchie), staatenzerstörender Internationalismus und Friede sind untrennbare Ziele, die zu sehr aus den Augen verloren wurden und denen jedes Opfer gebracht werden muß oder Menschenhaß, Staat, Krieg und Elend pflanzen sich ewig fort.

M. Nettlau.

Anmerkung der Redaktion: Die Ansicht, die Genosse Nettlau über den internationalen Syndikalismus vertritt, bedarf einer Diskussion, in die in der nächsten Nummer eingetreten werden kann.

Die Organisation der Landarbeiter und das Landproblem.

Von Eusebio C. Carbo, Spanien.

In Spanien gibt es keine feindlichen Gegensätze zwischen Landarbeitern und Industriearbeitern, wie das unglücklicherweise in vielen andern Ländern der Fall ist. Ganz im Gegenteil ist die Einigkeit zwischen diesen beiden Arbeitergruppen vollkommen.

Die Landarbeiter wissen, daß sie ohne Hilfe der Industriearbeiter nichts unternehmen können und diese hinwiederum wissen, daß eine Revolution ohne Anteilnahme der Landbevölkerung von vornherein zum Zusammenbruch verurteilt wäre.

Die ländlichen Organisationen der bedeutendsten Provinzen, wie Andalusien, Valencia, Aragonien, Rioja und ein Teil Kataloniens sind der „Confederacion Nacional de Trabajadores“ angeschlossen und sind infolgedessen gewohnt, von den Arbeitern der Stadt solidarische Hilfe zu bekommen und ebenfalls umgekehrterweise Hilfe zu gewähren.

In positiver Weise beeinflußt von der freiheitlichen Propaganda, und dem Anarchismus eine große Aufmerksamkeit schenkend, erträumen sie eine Form des Zusammenwirkens von Menschen, zu der man nur gelangen kann durch Vergesellschaftlichung des gesamten natürlichen Reichtums und aller Schätze, die durch die Arbeit von Generationen geschaffen wurden.

Sie denken an die Errichtung eines gesellschaftlichen Systems, unter welchem der Austausch von Produkten sich vollzieht — ohne eine weitere Begrenzung wie die von der Knappheit von Transportmitteln vorgeschriebenen — nach Maßgabe unserer Voraussicht.

Dasselbe bezieht sich auf das, was die Kultivierung des Bodens anbelangt. Man ist der Meinung, daß, um ein Maximum an Produkten bei einem Minimum von Anstrengungen zu ermöglichen, zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung des Landes zu greifen ist. Ohne zu dieser Methode zu greifen, käme sowohl die intensive wie extensive Landwirtschaft, die letzte Errungenschaft von Wissenschaft und Bodenbearbeitung, nicht in Frage, um die notwendige Vermehrung von Produkten zu erreichen, die erforderlich ist, um die Bedürfnisse der Arbeiter und der gesamten Produktion zu befriedigen.

Es erhebt sich die Frage: sind denn die Landarbeiter in den erwähnten Gebieten alle Anarchisten? Absurd wäre es, das zu behaupten. Dennoch kann gesagt werden, daß in einigen Provinzen, wie beispielsweise in einem großen und wichtigsten Teil Andalusiens, die große Mehrheit der Landarbeiter aus Verstandes- und Gefühlsgründen Anarchisten sind. Ereignisse, die dort so aktive, tüchtige und gebildete Kämpfer hervorgebracht haben, wie Fermin Solvochea und Ernesto Alvarez, sind unauslöschlich.

Die große Menge der Arbeiter in jenen Gebieten glaubt an keine anderen Lösungen wie an die der freiheitlichen Weltanschauung.

* * *

Libérale Regierungsmänner, die sahen, mit welcher Schnelligkeit die anarchistische Propaganda sich verallgemeinerte, ein revolutionärer Geist sich unter den Sklaven der Felder erhob und von ihnen die Losungen der Stadt übernommen wurden —, liberale Staatsmänner verbreiteten angesichts dieser Beispiele bewußten Aufstandes die Ideen der Aufhebung der großen Latifundien und Einteilung dieser zum Teil halb aufgegebenen Ländereien, die jede Millionen von Hektaren zählen, in kleine Parzellen, die unter gewissen Bedingungen an Arbeiter abgegeben wurden und so in jeder Gegend eine Anzahl von ihnen in kleine Besitzer verwandelte. Diese vom konservativen

Instinkt diktierte Methode tendiert, wie es nur natürlich ist, nach der Richtung, die Einheit der Landarbeiter zu zerstören, ihren Egoismus und die Hoffnung in ihnen wachzurufen, doch auch einmal Landbesitzer sein zu können, wie sie es an dem Beispiel von einigen wenigen gesehen haben. Aber unglücklicherweise: die Bedingung ist, sich in einen Anhänger der bestehenden Ordnung zu verwandeln, *um nichts sich bekümmern*, sich lossagen vom Syndikat und niemals den absurden Vorschlägen der Feinde des Vaterlands, der Familie, des Eigentums usw. zu folgen.

Sie erwarteten, daß diese Methode sich als unfehlbar erweisen würde und sie wußten wohl, daß der ärgste Feind der Revolution die Reform ist. Sie waren überzeugt, daß die Arbeiter im Staat ihren rettenden Engel sahen und auf die Stimme der Elemente des Umsturzes nicht mehr hören würden. Damit wäre ihr Ziel erreicht gewesen: Isolierung der revolutionären Anwendungen der Industriearbeiter und Fruchtlosigkeit all ihrer Erwartungen und Rebellionen.

Aber die Aussichten dieses radikalen Mittels begeisterten niemand. Die Landarbeiter erkannten seinen ganzen Zweck.

Sie erkannten, daß ein Vorhaben, durch welches die Revolution negiert und in weite Ferne gerückt wurde, unfähig war, die gegenwärtige Ordnung zu verändern.

* * *

Trotz allem ist dieses eine Frage, an der wir nicht eilends vorbeigehen dürfen. Ehe man hier ein Urteil fällt, das als Grundlage für eine bestimmte Propaganda oder Stellungnahme dienen und die Landarbeiter nach dieser oder jener Richtung beeinflussen kann, gilt es zunächst, das Für und Wider dieser Frage mit Ernsthaftigkeit, Aufrichtigkeit und Entschiedenheit zu prüfen.

Wenn wir uns nur auf die gegenwärtige Situation konzentrieren, wenn wir glauben, daß wir alle Probleme der Vorrevolution mit Leichtigkeit lösen können, wenn wir uns nicht Rechenschaft darüber ablegen, daß die Interessen der industriellen und landwirtschaftlichen Bourgeoisie und des Kapitalismus in gewisser Weise — wenn man das auch als Ketzerei ansprechen wird — übereinstimmen mit den unseren, mit den Interessen des Volkes, mit denen der Revolution und wenn wir erkennen würden, daß dieses imstande ist, die Revolution um Jahrhunderte zu verzögern, wir würden mit weniger Schwierigkeit vorwärtsschreiten.

Aber so ist es nicht. Genau so wie die Probleme der Gegenwart beschäftigen uns die einer nahen Zukunft. Wir wissen, daß die Schwierigkeiten aller Arten, mit denen wir es zu tun haben, um die Errungenschaften der Revolution zu konsolidieren und zu festigen, um so ernsthafter sind, je mehr die Wirtschaft des Landes, in dem die Revolution triumphiert, sich in Verfall befindet.

In diesem Sinne haben wir das größte Interesse daran, daß sowohl die Landwirtschaft wie auch die Industrie den größtmöglichen Grad der Entwicklung erreichen und daß die durch die Bourgeoisie errichteten Transport- und Produktionsmittel so vollkommen wie möglich sind, so daß beim Uebergehen dieser notwendigen wirtschaftlichen

Faktoren in unsere Hände, diese für kürzere oder längere Zeit der Revolution genügen. Und das ist die Uebereinstimmung zwischen den Interessen der Wirtschaft und denen der Revolution, auf die wir uns vorher bezogen haben.

* * *

Das Parzellieren des Landes, von welcher Tatsache wir vorher geschrieben haben, bedeutet nichts anderes, als Konservative und Egoisten aus der Arbeiterschaft herauszusuchen, die der Staat in Eigentümer verwandelt oder die solches später für sich erhoffen; mit anderen Worten: es bedeutet das Schaffen einer konterrevolutionären Macht aus dem Lager der Arbeiterschaft heraus.

Betrachten wir ein Beispiel, das uns die Produktion und der Konsum des Weizens in Spanien während der angeführten Jahre bietet:

1905—1914

Geringste Ernte	25	Millionen Zentner
Größte Ernte	40,4	„ „
Mittlere Ernte	33,3	„ „
Geringster jährlicher Import . .	0,7	„ „
Größter	8,6	„ „
Mittelmäßiger „ „	2,3	„ „

1915—1919

Geringste Ernte	35,1	„ „
Größte Ernte	41,4	„ „
Mittlere Ernte	38	„ „
Geringster jährlicher Import . .	0,5	„ „
Größter	3,7	„ „
Mittelmäßiger „ „	2,4	„ „

1920

Ernte	39,5	„ „
Import	4,8	„ „

1921

Ernte	39,5	„ „
Import	4,6	„ „

Es ist natürlich, daß die Erhöhung des Importes trotz immer reicher werdender Ernten eine jener Ungeheuerlichkeiten darstellt, welche das kapitalistische System charakterisieren und die nicht vorkommen könnten, wenn die Produktion von jenen reguliert würde, die gleichzeitig Produzenten und Konsumenten sind; die Produktion würde hier durch den Bedarf bestimmt werden.

Aber es ist nicht das, was uns im Moment beschäftigt. Es ist eine andere Sache. Spanien ist nach den Zahlen, die wir soeben angeführt haben, angewiesen auf die Weizeneinfuhr aus anderen Ländern; durch die Parzellierung aber kann es nicht nur sein Defizit decken, sondern erübrigt noch etwas für den Export.

In der Provinz Sagovia wurden vor einiger Zeit 600 Hektar Land unter 40 Ackerbauern parzelliert. In seinem Höchstertrag erreichte dieses Gebiet geradezu erstaunliche Proportionen.

In einer Stadt der Provinz Toledo werden 10 000 Hektar Land von 500 Ackerbauern bestellt. 2000 Hektar werden von 490 Ackerbauern kultiviert; die übrigen 8000 Hektar gehören 10 Großgrundbesitzern. Und nun die Tatsache: *jene, die die 2000 Hektar selbst bearbeiten, produzieren ein Fünftel dessen, was die 8000 Hektar produzieren, die sich in den Händen der Großgrundbesitzer befinden.*

So gesehen, hat das Parzellieren des Landes eine konservative und eine revolutionäre Seite. Revolutionär in dem Sinne, daß hier eine Form der Produktion gegeben ist, die durch ihre größere Intensivität in der Uebergangszeit die Fähigkeiten und Erneuerungsmöglichkeiten erhöht: sie erlaubt, daß das Gebiet der Revolution sich selbst für längere Zeit genügt.

Wenn man ein Prinzip anerkennt, ist es selbstverständlich, daß man auch seine natürlichen Folgen hinnehmen muß. Die Staatsmänner, welche die Vorzüge des Parzellierens besingen, anerkennen hiermit, ohne sich Rechenschaft darüber zu geben, die Grundlagen des freiheitlichen Kommunismus. Wenn die Erhöhung der Produktion in derselben Proportion wie die Erhöhung der Anzahl direkter Arbeiter, die an derselben positiv interessiert sind, vor sich geht, wenn der Landbesitz eine allgemeine Möglichkeit wird und das Land durch die Allgemeinheit bewirtschaftet wird, müßten verschiedene Antagonismen aus der Welt geschafft werden. Das Interesse eines jeden und Annäherung an das Interesse von allen müßte erhöht und die wahrhafte Einheit der Interessen, durch welche das Individuum mit der Allgemeinheit verbunden ist, müßte auf eine innige vollkommene und unlösliche Weise auf eine feste Basis gestellt werden. Dann würde die Produktion sich in erfreulichem Maße erhöhen und die notwendigen Anstrengungen würden sich parallelweise vermindern.

Das Parzellieren, auch wenn es verallgemeinert würde, aber muß die egoistische Sonderheit und die Ausschließlichkeit des persönlichen oder Gruppeninteresses bestehen lassen; es würde keine Gleichheit realisieren und müßte sogar die Ursache von beklagenswerten Konflikten und Kämpfen sein.

Nein, das Parzellieren hat nichts mit unserem System zu schaffen. Und in diesem Sinne machen unsere Landarbeiter nicht die Revolution.

Die spanischen Landarbeiter, ganz besonders in Andalusien, Valencia, Aragonien, Rioja, Navana und in einem Teil Kataloniens, deren anarchistische Tendenzen allgemein bekannt sind, wissen, an was sie sich zu halten haben.

Wenn die Regierungsmänner glaubten, daß sie die Parzellierung als Mittel der Möglichkeit einer Vendée *) in Anwendung bringen könnten, haben wir das Recht zu glauben, daß sie irren.

Die wenigen, die auf der andern Seite stehen, weil unsere Stimme sie nicht erreichte, befinden sich in Kastilien, Leon usw. Eine zentripetale gut organisierte Bewegung würde sie bald bestimmen, das Notwendige zu tun; sie vermögen nichts oder doch nur sehr wenig gegen eine revolutionäre Bewegung.

*) Vendée: Provinz in Westfrankreich, Sitz der Konterrevolution zur Zeit der Großen Revolution.

Den Landarbeitern der erwähnten Regionen hat man überdies gesagt, daß die Revolution ihnen erlauben würde, das Land zu verteilen.

Überdies hat man ihnen gesagt, daß sie fortfahren sollen in den Anstrengungen, ihre Parzelle zu erobern.. Dazu hat man ihnen gesagt, daß *das Land denen gehört, die es bestellen.*

Man hat ihnen immer gesagt, daß das Land sowohl wie die Transport- und Arbeitsmittel das gemeinsame Erbe von allen Menschen zu sein haben wie die Luft und das Licht.

Und nichts anderes ist das, was sie erstreben.

Mitteilungen des Sekretariats der I. A. A.

Internationale Kinderhilfe.

Der Aufruf des Sekretariats der I.A.A. zugunsten der unterernährten Kinder des revolutionären Proletariats in Deutschland hat in vielen Ländern Widerhall geweckt. Naturgemäß haben sich an diesem Hilfswerk in erster Linie die Kameraden beteiligt, die in den Deutschland angrenzenden Ländern wohnen.

Holland. Unsere Kameraden des Nederlandsch Syndicalistisch Vakverbond haben sich bereit erklärt, Kinder unserer Kameraden aus dem Ruhrgebiet zu sich zu nehmen. Es werden einige Hundert Kinder in Holland bei unseren Kameraden untergebracht.

Norwegen. Unsere Kameraden der Norsk Syndikalistisk Federation haben auf zweifache Weise unsern Solidaritätsappell beantwortet; 1. durch Geldsammlungen, die zum Teil schon an uns gesandt worden sind; 2. durch Uebernahme von Kindern unserer Kameraden. Der erste Transport von 14 Kindern von Berliner Proletariern ist bereits nach Norwegen abgegangen, die Kinder befinden sich in guten Händen.

Portugal. Die Allgemeine Arbeiter-Konföderation hat in ihrem Organ „A Batalha“ einen Aufruf zu Sammlungen erlassen. Es kamen Kleidungsstücke und Gelder ein, die bis jetzt noch nicht angelangt sind.

Schweden. Die Zentralorganisation der schwedischen Arbeiter (S.A.C.) Sektion der I.A.A., hat eine großartige Sammlung veranstaltet. Um die unnötigen Reisekosten zu sparen, haben die schwedischen Kameraden beschlossen, Gelder zur Gründung eines Ferienheimes in Deutschland für die unterernährten Kinder unserer Kameraden zu sammeln. Bis

jetzt sind für diesen Zweck 7000 schwedische Kronen an die I.A.A. abgegangen, es ist mit weiteren 3000 Kronen zu rechnen, so daß die Summe von 10 000 Kronen zusammenkommt.

Brasilien. Auch hier haben unsere Kameraden dem Aufruf der I.A.A. Folge geleistet. Besonders hat das Organ deutscher Sprache „Der freie Arbeiter“ zu Sammlungen aufgefordert. Der weiten Entfernung halber ist bis jetzt noch keine Nachricht über das Resultat dieser Sammlung eingetroffen.

Nachrichten aus andern Ländern stehen noch aus.

Aufruf der I.A.A.¹ für die gefangenen Revolutionäre in Rußland.

Das Sekretariat der I.A.A. wandte sich Ende März an das Proletariat aller Länder mit folgendem Aufruf:

Helft den gefangenen Revolutionären in Rußland.

Kameraden!

Wir rufen euch heute auf zu einer einheitlichen und weit angelegten internationalen Kampagne gegen die unerhörten Verfolgungen der Sozialisten und Revolutionäre in Rußland; zu einer allgemeinen und energischen Aktion für die Befreiung der Anarchisten, Syndikalisten, Sozialisten und aller parteilosen Revolutionäre, die in den zahlreichen Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten oder durch die Sowjetregierung in die Verbannung geschickt wurden.

Es ist uns nicht unbekannt, daß zurzeit die wildeste Reaktion in fast allen Ländern herrscht, daß die furchtbaren Verfolgungen, denen unsere Kameraden

überall ausgesetzt sind, ohne Zweifel ebenfalls eine Aktion zu ihren Gunsten erforderlich machen würden. Wir wissen auch, daß die revolutionäre Bewegung jedes Landes ihre eigenen Opfer und Märtyrer aufzuweisen hat, deren Schicksal ein dringendes Eingreifen nötig machen würde. Die Lage in Rußland ist aber in jeder Beziehung außergewöhnlich und unvergleichlich.

Die Verfolgungen der Revolutionäre in den kapitalistischen und bürgerlichen Staaten gehören zur Natur der Dinge. Der Kampf für ihre Befreiung ist etwas selbstverständliches. Die russische Regierung aber gibt vor, eine „Arbeiter“-Regierung und „sozialistische“ Regierung zu sein. Sie ist bekannt als die Vertreterin der „Diktatur des Proletariats“. Die Verfolgung ihrer Gegner, die Vernichtung der Revolutionäre nur wegen deren Gesinnung, die nicht mit der ihrigen übereinstimmt, stellt die russische „Revolutionsregierung“ heuchlerisch als Bekämpfung des Banditismus und der Konterrevolution hin. Große Teile des Proletariats in allen Ländern lassen sich durch diese Heuchelei, durch diesen Bluff einer durchaus reaktionären und skrupellosen Regierung irreführen. Dadurch ist der Kampf gegen diese Regierung außerordentlich erschwert. Dies ist um so mehr der Fall, als der entsetzliche Terror, der von den Bolschewisten in Rußland ausgeübt wird, jeden Kampf dagegen unmöglich macht. So haben die verfolgten Sozialisten und Revolutionäre in Rußland keine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Die verabscheuungswürdigen und verbrecherischen Frevel der russischen Regierung sind der werktätigen Bevölkerung aller Länder im allgemeinen noch unbekannt.

Es ist daher an der Zeit, diese Freveltaten zu enthüllen und die an der Macht befindlichen Verbrecher zu entlarven. Die Pflicht erheischt es nun, die zahllosen Tatsachen offen an den Tag zu legen und sie dem Proletariat aller Länder zur Kenntnis zu bringen. Es muß endlich einmal ganz entschieden gebrochen werden mit dem gefährlichen Märchen von dem revolutionären Charakter und Idealismus der russischen Regierung und ihr wahrhaft reaktionärer und bürgerlicher Charakter aufgezeigt werden.

Die Verfolgungen übersteigen gegenwärtig in Rußland die Grenzen jeder Einbildung. Es hat den Anschein, als wolle man sich durch radikale Vernichtung aller sozialistischen, anarchistischen und revolutionären Elemente des Landes ent-

ledigen. Täglich kommen zahlreiche der besten Kameraden um. Jeder Tag bringt uns Nachrichten über neue Fälle dieser Art. Die Verhältnisse der Gefangenschaft und Verbannung im hohen Norden sind entsetzlich. Tötungen und Erschießungen für die geringsten Proteste gegen die unerträglichen Gefängnisordnungen werden zur Gewohnheit. Die besten Kameraden sterben hin als Folgen dieses Regimes. Selbstmorde kommen immer häufiger vor. . . Tausende von Revolutionären leiden unter diesem furchtbaren Lose, sie sind ständig der Todesgefahr ausgesetzt, ohne den geringsten Schatten einer Anklage, nur durch die Willkür und das Gutdünken einer Regierung.

Es ist deshalb hohe Zeit, sich energisch dafür einzusetzen, aus den Krallen der Henker die uns teureren Leben, die besten Kräfte der Revolution, die unschuldigen Opfer der roten Reaktion zu entreißen.

1. Die Landeszentralen der revolutionär-syndikalistischen Organisationen werden aufgefordert, ein Aktionskomitee zu bilden. Zur Mitarbeit in dieses Komitee können auch die antiautoritären, anarchistischen Gruppierungen innerhalb der Arbeiterbewegung jedes Landes herbeigezogen werden, wo solche vorhanden sind.

2. Dieses Aktionskomitee setzt sich mit sämtlichen örtlichen Organisationen des Landes in Verbindung, um über das ganze Land eine Kampagne vorzubereiten. In allen größeren Städten können sich ähnliche Komitees bilden.

3. Die erste Aufgabe dieser Komitees wird sein, das Material zu sammeln und die Arbeiterpresse damit zu versehen.

4. Die Presse der I.A.A. und der freiheitlichen Arbeiterbewegung sollte von Stunde an die öffentliche Meinung aufklären durch Veröffentlichung der Tatsachen und des gesamten Materials und durch entsprechende Kommentare in zahlreichen Artikeln und eventuellen Sonderausgaben ihren Protest und ihre Entrüstung zu erkennen geben.

5. Die allgemeine Kampagne sollte überall gleichzeitig den 20. April einsetzen und von da bis zum 1. Mai unaufhaltsam geführt werden. Die Forderung soll sein: Protest gegen die Verfolgungen der Revolutionäre durch die russische Regierung und die Forderung der Freigabe der Anarchisten, Sozialisten, Syndikalisten und parteilosen Revolutionäre zum 1. Mai 1924.

6. Es sollten überall öffentliche Protestversammlungen veranstaltet werden, in denen man die Tatsachen vorlegt und Protestresolutionen zur Annahme bringt gegen die Greuelthaten der russischen Regierung. Darin sollte auch für den 1. Mai 1924 die Freigabe aller gefangenen und verschickten Revolutionäre sowie für die Ausgewiesenen das Recht der Rückkehr gefordert werden. Auch in Betriebsversammlungen und dergleichen sollten dieselben Resolutionen vorgelegt und abgestimmt sowie das Resultat derselben in der Presse veröffentlicht werden. Die Resolutionen und das Material sollten so weit als möglich der gesamten Presse des Landes zur Veröffentlichung zugestellt werden.

7. Sämtliche angenommenen Resolutionen sollten den russischen Konsulaten oder Gesandtschaften zur Weiterbeförderung an die Sowjetregierung und eine Abschrift davon dem Sekretariat der I.A.A. zugestellt werden. Als ein noch wirksameres Mittel sollten Demonstrationen der Arbeiterschaft vor den sowjetrussischen Botschaften und Konsulaten mit Uebergabe von Protestresolutionen veranstaltet werden.

Genossen! Wir erwarten von euch die Einsetzung aller eurer Kräfte, damit die Kampagne ein gutes Ergebnis zeitigt und dazu beitragen wird, die Befreiung unserer leidenden Kameraden in Rußland zu beschleunigen.

Das Sekretariat
der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

* * *

Dieser Aufruf wurde von unsern Kameraden in vielen Ländern beantwortet. Er gelangte zum Abdruck in fast allen Organen der uns angeschlossenen Organisationen. In fast allen Ländern hat ein großer Teil des revolutionären Proletariats dazu Stellung genommen und große Protestaktionen in die Wege geleitet. In Frankreich und Deutschland wurden mächtige Versammlungen zum Protest gegen die inhaftierten Revolutionäre in Sowjetrußland abgehalten. Die Kameraden in Holland haben an die russische Regierung eine Resolution gesandt, in welcher sie im Namen der russischen Revolution die Befreiung der Revolutionäre zum Weltfeiertag des revolutionären Proletariats forderten. Noch hat die russische Regierung den Warnungsruf unserer Kameraden nicht beachtet, die Protestbewegung steigt jedoch immer stärker und ihre Wogen werden

bald so hoch gehen, daß die Machthaber in Rußland sich nicht länger der Forderung verschließen können und gezwungen sein werden, die Vorkämpfer der russischen Revolution freizugeben. Unsere Kameraden werden aufgefordert, ihren begonnenen Kampf fortzusetzen.

Zum Kampf der Bergarbeiter.

Anläßlich des Kampfes der Bergarbeiter Deutschlands wandte sich das Sekretariat der I.A.A. mit folgendem Aufruf an die Arbeiterschaft aller Länder:

Aufruf der I.A.A. Helft den kämpfenden Bergarbeitern Deutschlands!

Die Bergarbeiter Deutschlands befinden sich seit dem 7. Mai in einem Kampfe gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und für die Erlangung auskömmlicher Löhne.

Dieser Kampf wurde den Bergarbeitersklaven von den Berggewaltigen aufgezungen, nachdem die Bergarbeiter des Ruhrgebiets die Aufforderung der Grubenbesitzer, die Arbeitszeit unter Tage eine Stunde zu verlängern, nicht befolgt haben, sondern nach siebenstündiger Arbeitszeit unter Tage die Gruben verließen. Diese Aktion der Bergarbeiter ist direkt auf den Einfluß der syndikalistischen Propaganda zurückzuführen. Selbst die reformistischen Bergarbeiterverbände konnten sich der Idee, nach siebenstündiger Arbeitszeit die Grube zu verlassen, nicht verschließen.

Das Unternehmertum beantwortete diese Aktion der Bergarbeiter mit einer allgemeinen Aussperrung. Zurzeit befinden sich im Ruhrgebiet gegen 600 000 Bergarbeiter im Kampfe. Die Zahl der Arbeiter anderer Industrien, die durch diesen Kampf in Mitleidenschaft gezogen sind, ist fast ebenso hoch. Der Kampf beschränkt sich jedoch nicht auf das Ruhrgebiet, sondern dehnt sich aus auf den gesamten deutschen Kohlenbergbau.

Als Vorwand zur Beseitigung des Achtstundentages über Tage und des Siebenstundentages unter Tage dient den deutschen Unternehmern der Vertrag der Micum. Sie wollen alle Lasten desselben auf die Arbeiterschaft abwälzen und benutzen diese Gelegenheit, um die Notwendigkeit darzutun, daß in Deutschland infolge des Vertrages von Versailles der Achtstundentag nicht möglich sei. Während auf der einen Seite die französische

Bourgeoisie die schwere wirtschaftliche Lage des französischen werktätigen Volkes der Nichterfüllung des Versailler Vertrages durch Deutschland in die Schuhe schiebt, wird auf der anderen Seite gerade die Ausführung dieser Bestimmungen von den deutschen Kapitalisten dazu benutzt, um die Beseitigung des Achtstundentages zu rechtfertigen.

Die Sozialdemokraten hüben wie drüben unterstützen diese Thesen des internationalen Kapitalismus. Die französischen Sozialisten erklären, sie müßten auf der Ausführung des Sachverständigen-Gutachtens bestehen, und die deutschen Sozialdemokraten und reformistischen Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale haben sich mit einem Schiedsspruch einverstanden erklärt, der die Verlängerung der Arbeitszeit anerkennt auf 8 Stunden unter Tage für Bergarbeiter und auf 9—10 und noch mehr Stunden über Tage für fast die gesamte Arbeiterschaft, bis zum Juni 1925. So haben die Reformisten die Unterdrückung der Arbeiterschaft besiegeln helfen.

Die Bergarbeiterschaft hat sich aber diesem Schiedsspruch nicht gebeugt, sondern es entrüstet von sich gewiesen, die Sklavenverträge anzuerkennen. So geht der Kampf weiter.

Kameraden! Proletarier aller Länder! Fast eine Million Arbeiter steht im offenen Kampfe gegen einen doppelten Feind: den internationalen Kapitalismus und Reformismus. War das deutsche Prole-

tariat schon vorher ein Spielball der Willkür eines raubgierigen Kapitalismus, so machen sich in diesem Kampfe die Folgen der Aushungerung und Unterernährung in erschreckendem Maße geltend. Das Elend wächst von Stunde zu Stunde, der Hunger greift um sich. Aber noch steht fast eine Million Bergsklaven unerschüttert und entschlossen, ihren Kampf für menschliche Arbeits- und Lebensbedingungen bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

Ein Erfolg kann den kämpfenden Bergsklaven jedoch nur dann beschieden sein, wenn ihre proletarischen Brüder in allen Ländern in größtem Maße Solidarität üben.

Das Sekretariat der Internationalen Arbeiter-Assoziation ruft die ihm angeschlossenen Landesorganisationen, ruft das gesamte Proletariat aller Länder auf, die kämpfenden Bergarbeiter moralisch und materiell zu unterstützen.

Genossen! Laßt es nicht zu, daß Kohle aus anderen Ländern nach Deutschland geht, boykottiert die deutschen Waren auf die Dauer des Streiks. Sammelt Gelder, um die Familien der ausgesperrten Bergarbeiter zu unterstützen.

Nieder mit dem internationalen Ausbeutertum!

Es lebe die Solidarität des Weltproletariats!

Das Sekretariat
der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Aus der Internationale des Syndikalismus.

NORWEGEN.

Arbeiterkämpfe in Norwegen.

Von Carl O. Tangen-Kristiania.

In den Jahren 1907 bis 1913 führte die gewerkschaftliche Landesorganisation Norwegens (reformistisch) eine Reihe Streiks in verschiedenen Gewerben und Industrien. Diese Streiks brachen aus, nachdem vorher monatelang verhandelt wurde, und sie endeten nach 3—4 Monaten mit einem mageren Kompromiß oder auch mit einer glatten Niederlage für die Arbeiterschaft. Es waren Kämpfe mit typisch reformistischem Charakter, bei welchen in der Regel die Arbeiter des einen Gewerbes oder einer Industrie als organisierte Streikbrecher gegen eine andere Industrie auftraten.

Diese Verhältnisse führten dahin, daß auf der einen Seite die Arbeiter sich

nach neuen Kampfmethoden umsahen, auf der anderen Seite die bürgerlich liberale Regierung sich dazu vorbereitete, offiziell einzugreifen in die Zwistigkeiten zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft. Das frühzeitig in Australien durchgeführte Gesetz des Schlichtungsverfahrens und Schiedsgerichtes war für die Regierung Norwegens das erstrebte Ziel. Die Arbeiterschaft wollte selbstverständlich nichts wissen von einem solchen Eingriff seitens des Staates und die Führerschaft mußte sich darein finden, auch ihrerseits Abstand von einem solchen Gesetze zu nehmen. Als der Gesetzesvorschlag zum ersten Male im Jahre 1914 im Storting (Reichstag) zur Behandlung kam, drohte die gewerkschaftliche Landesorganisation mit dem Generalstreik. Angesichts dieser

Drohung kapitulierte die Regierung, indem sie die Behandlung dieser Vorlage auf unbestimmte Zeit vertagte. Als dieselbe später erneut zur Behandlung kam, war die Regierung besser gerüstet. Wohl hat die Landesorganisation den Generalstreik proklamiert gegen die Annahme dieses Gesetzes, nach einigen Tagen aber schon ließ sie den Streik abblasen und beugte sich vor dem Gesetze. Jetzt folgte für die Gewerkschaftsführer eine goldene Zeit. Sie konnten in ihren Verbandskassen Gelder sparen und bekamen persönlich extra gute Honorare als offizielle Schlichter. Nach und nach eroberten die Männer der Opposition die leitenden Stellen in mehreren Gewerkschaftsverbänden und nun war alles schön und gut. Der Kampf der Arbeiterorganisationen wurde nun vom Betriebe und der Arbeitsstelle in die Schlichtungsämter verlegt und das Interesse der Arbeiter für die praktischen Aufgaben in ihren Gewerkschaften wurden immer geringer.

Das Gesetz für ein staatliches Schlichtungsverfahren sollte nur während der Zeit der Krise gelten. Bei der ersten Behandlung im Storting stimmte nur die Linkspartei für das Gesetz. Die Rechtspartei und die Sozialdemokratie stimmten dagegen, was ihnen sehr leicht fiel, da sie in der Minderheit waren. Nach den Stortingwahlen im Jahre 1921 kam die Linkspartei in die Minderheit und die Kommunisten erhielten 28 Sitze im neuen Storting. Jetzt wäre die Sache für die Linkspartei verloren gewesen, wenn die Vertreter der Arbeiterschaft und des Unternehmertums denselben Standpunkt vertreten hätten wie früher. Als jedoch die Frage über die Verlängerung des Gesetzes im Jahre 1921 zur Behandlung kam, gab es eine Überraschung durch die Kommunisten: sie hatten eine vollständige Frontänderung vollzogen und stimmten für die Verlängerung des Gesetzes für ein staatliches Schlichtungsverfahren mit juridischer Zwangswirkung für die Arbeiterschaft. So führten die Kommunisten den Kampf gegen die Arbeiterklasse und halfen mit, die Gewerkschaftsorganisation an den Staat zu verkuppeln.

In der Zeit wirtschaftlichen Aufstiegs erreichten die Arbeiter durch dieses Gesetz einige Lohnerhöhungen und so ließen sie die Sache gehen. Sie gewöhnten sich schließlich daran, daß der Staat sich in die Regelung ihrer wirtschaftlichen Fragen direkt einmischte. Das Unglück

wollte es aber, daß Schlichtungswesen und Schiedsgerichtsverfahren, nachdem die Kommunisten es anerkannt hatten, sich gegen die Arbeiterschaft richtete. Nun brach der Unwille gegen das Schlichtungs- und Schiedsgerichtswesen los und wurde in der gesamten Arbeiterschaft immer stärker. Nun wurde es den Arbeitern klar, daß sie wieder auf ihre eigene Kraft bauen müssen, wenn sie im Kampfe gegen ihre Widersacher siegreich bleiben wollen.

Bei dem Abkommen der Metallarbeiter fürs Jahr 1923 war eine gleitende Lohnskala eingeflochten, nach welcher die Löhne um 5 Oere per Stunde herabgesetzt werden sollten, falls bis September die Preissenkung eine Indexziffer von 232 erreichte. Im August vorigen Jahres stand die Indexziffer auf 239 und die Preise stiegen täglich. Die Metallarbeiter waren sicher, daß im Oktober keinerlei Lohnreduzierung vorgenommen werden könnte. Mitte Oktober wurde plötzlich in den Betrieben offiziell bekanntgegeben, daß die Indexziffer der Preise auf 230 herabgesunken sei und daß die Löhne ab 1. Oktober mit rückwirkender Kraft herabgesetzt werden sollten. Die Arbeiterschaft stand da wie vom Blitze getroffen. Wie hatte das statistische Zentralamt eine Senkung der Indexziffer hervorzubringen können, während alle Lebensnotwendigkeiten im Preise stiegen? Die Arbeiterschaft konnte sich mit einer solchen Diktatur der Unternehmerverbände nicht zufrieden geben und legte spontan die Arbeit in den meisten Betrieben Kristianias und Fredrikstads nieder. 5000 Metallarbeiter traten in den Kampf ohne ihre Führer zu befragen. Das war bei der geduldigen und gesetzgläubigen Arbeiterschaft Norwegens einzigartig.

Die reformistische Landesorganisation, der Eisen- und Metallarbeiterverband, sowie alle übrigen Gewerkschaftsverbände, die in diesen Konflikt hineingezogen waren, wurden vor das von den Kommunisten anerkannte Gerichtsverfahren zitiert. Das Gericht verurteilte den Streik als gesetzeswidrig und verpflichtete die Verbände, die Arbeiter öffentlich aufzufordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Diese Aufforderung wurde in der Presse der reformistischen Gewerkschaften mit Unterschrift der Verbandsleiter veröffentlicht. Bezeichnend dabei war, daß der Gerichtshof, welcher die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte, unter anderen aus einem Sozialdemokraten und einem Kommunisten

nisten! bestand. Die Metallarbeiter folgten nicht der Aufforderung, sondern setzten den Streik fort. Sie fanden überall weitgehendes Verständnis für ihren Kampf und wurden allerseits von der Arbeiterschaft Skandinaviens finanziell unterstützt.

Wegen Nichtbefolgung des gerichtlichen Urteils wurde der Aktionsausbruch der Streikenden unter Anklage gestellt und zu Geldstrafe verurteilt. Die Antwort des Ausschusses darauf war jedoch eine Aufforderung an die Arbeiterschaft, den Streik fortzusetzen und zu unterstützen. Das syndikalistische Organ „Alarm“ und einige andere Zeitungen, die diesen Aufruf veröffentlichten, wurden deshalb gerichtlicher Verfolgung ausgesetzt.

Der Streik der Metallarbeiter dauerte jedoch fort und erstreckt sich jetzt schon auf 7 Monate!

Mitte Januar traten die Hafens- und Transportarbeiter in den Streik. Sie standen vorher 9 Monate lang in Unterhandlungen wegen Abschluß eines neuen Lohntarifes. Die Arbeiter forderten Lohn-erhöhung, die Unternehmer wollten jedoch die bestehenden Löhne noch herabsetzen. Als nun den Arbeitern die Geduld riß und sie in den Ausstand traten, versorgten die Unternehmer sich mit Streikbrechern. Auch die reformistischen Organisationen traten als Streikbrecher auf. Die organisierten Elektriker lieferten den Streikbrechern elektrische Kraft, die Seeleute hielten die Schifffahrt in Gang und die Polizei sperrte das Hafengebiet mit bewaffneten Wachen ab. Dieser Streik wurde also auf ausgesprochen reformistische Weise geführt.

All diesem zum Trotz konnte die Arbeit in den Häfen von den Streikbrechern nicht geschafft werden. Dazu kam der „ungesetzliche“ Streik der Metallarbeiter, den die Unternehmer gern gebrochen haben wollten. Um dies zu erreichen, sperrten die Unternehmer mehrere Arbeitergruppen aus. Den 1. März dieses Jahres befanden sich 70 000 Arbeiter in Streik oder Aussperrung. Dieser Kampf dauerte 4 Monate. Die Führer der reformistischen Zentralverbände fielen vor den Unternehmervereinigungen auf die Knie und baten um neue Verhandlungen über die Tarifverträge, um eine Regelung herbeizuführen. Als dies die Unternehmer gewahr wurden, wie schwach die Führer der Arbeiterschaft waren, wurden sie noch weit anmaßender.

Die Arbeiter stellten von verschiedenen Seiten die Forderung eines Generalstreiks auf, um zu einer Lösung zu kommen. Die Führer aber wollten davon nichts wissen. Dagegen wandten sie sich an den staatlichen Schlichter, damit dieser eingreifen möge. Dieser machte einen Vermittlungsvorschlag, der sowohl von den Unternehmervereinigungen wie von der reformistischen Landesorganisation anerkannt, von der Arbeiterschaft jedoch verworfen wurde. Dann hat der Sozialminister einen neuen Vorschlag gemacht, den die reformistische Landesorganisation auch angenommen und ihren Mitgliedern zur Annahme empfohlen hat. Auch die Kapitalisten sind mit diesem Vorschlag einverstanden, die Metallarbeiter, die nun schon 7 Monate im Kampfe stehen, sollen durch diesen Vorschlag vollständig preisgegeben werden. An der Abstimmung beteiligten sich von etwa 50 000 Streikenden nur 18 919 Arbeiter. Davon stimmten 10 672 für den Vorschlag, also für Beendigung des Streiks und 8247 dagegen. Daß die Beteiligung so schwach war ist zurückzuführen im wesentlichen auf den Umstand, daß aus den Gegenden, die von Kristiania zu weit entfernt liegen, das Resultat noch nicht einlaufen konnte.

Die Metallarbeiter haben ihren Willen kundgegeben, den Kampf nicht zu beenden. Der Streikbruch wird jetzt von den reformistischen Organisationen den Arbeitern befohlen und der heroische Widerstand der 5000 Metallarbeiter wird durch schändlichen Verrat dennoch gebrochen werden.

Die Kommunistische Partei wollte beim Streik der Metallarbeiter ihr Schäfchen scheren. Diese Herren, die selbst das Gesetz eines obligatorischen Schiedsgerichtes sanktioniert haben, preisen jetzt in hohen Tönen die Arbeiter, die gegen dieses Gesetz verstoßen. Um ihre Schwindelpolitik noch mehr zu verdecken, haben sie sogar den Beschluß gefaßt, diejenigen Gewerkschaftssekretäre, die den Schiedsspruch befürworteten, aus der Partei auszuschließen, insoweit dieselben Parteimitglieder sind. Auf Grund dieses Beschlusses wurde der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Halvard Olsen, aufgefordert, seine Funktion innerhalb der Partei niederzulegen. Alles dies wird aber den den kommunistischen Herren nichts helfen; die Arbeiterschaft wird einsehen, daß diese Partei nur die Stimmen der Arbeiterschaft fischen will, um sie ihren Herrschergelüsten dienstbar zu machen.

Das Sekretariat der I.A.A. hat an die streikenden Metallarbeiter Norwegens folgenden Brief gerichtet:

An die kämpfenden Metallarbeiter
Norwegens.

Genossen!

Das Sekretariat der Internationalen Arbeiter-Assoziation hat mit großem Interesse und mit Gefühlen der Sympathie den Kampf verfolgt, den die norwegischen Metallarbeiter gegen ihre Ausbeuter, den Kapitalismus ihres Landes führen. Wir stehen auch heute mit unserm Herzen und mit Begeisterung auf Eurer Seite. Das Sekretariat der Internationalen Arbeiter-Assoziation sendet Euch im Namen der ihm angeschlossenen Arbeiterorganisationen der ganzen Welt die brüderlichsten Grüße.

Wir haben mit Bedauern Kenntnis genommen, daß Ihr in Euerm Kampfe Euch richten müßt nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen ein System des Schlichtungswesens, das von der reformistischen Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung aller Länder als Ausweg aus den Streitigkeiten und zur Beilegung der Kämpfe zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft angesehen wird, das aber in Wirklichkeit dazu beigetragen hat, den Kampf der Arbeiterschaft zu erschweren und die bürgerlichen Gerichte zum Richter über die Arbeitskonflikte zu setzen. Es ist klar, daß diese Gerichte die Klasse und die Weltordnung verteidigen, von der sie unterhalten werden. Daraus folgt aber, daß die Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung, die in dem Schlichtungswesen einen Weg zur Verständigung der Klassen suchte, die Interessen der Arbeiterschaft der Einfügung in die kapitalistische Weltordnung unterordnete und die soziale Befreiung der Arbeiterschaft, die nur durch Beseitigung von Kapitalismus und Staat möglich ist, hintansetzte. Diese Beobachtung hat nicht nur die Arbeiterschaft Norwegens, sondern auch das Proletariat Dänemarks durch das berüchtigte „Septemberförliget“, das deutsche Proletariat durch die Arbeitsgemeinschaft und das Schlichtungswesen, gemacht, an dessen Spitze ein aus dem reformistischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde hervorgegangenes Mitglied Wissell steht. Und gerade durch diese Taktik des Schlichtungswesens ist die deutsche Arbeiterschaft dem raubgierigen Kapitalismus bis aufs Messer ausgeliefert.

Kameraden! Nehmen wir dies zum warnenden Beispiel und lernen wir daraus, daß die Arbeiterschaft andere Wege einschlagen muß, wenn sie den Kampf gegen den übermütigen Kapitalismus, der gerade in unserer reaktionären Zeit das Proletariat tiefer und tiefer ins Elend stürzen will, mit Erfolg führen will. Diese anderen Mittel sind enthalten in der alten und ewig jungen Kampfesform der direkten Aktion. Wir konstatieren mit Befriedigung, daß die Arbeiter in allen Ländern immer mehr zur Erkenntnis kommen, daß die von den Syndikalisten gepredigte direkte Aktion in ihren mannigfachen Anwendungsformen das einzige Mittel ist, dem Unternehmertum die Stirn zu bieten.

Soll diese direkte Aktion aber wirksam nachhalten, dann muß sie von jenem Geiste getragen werden, der die Arbeiterschaft aller Länder und aller Zungen über alle Grenzen hinweg verbündet mit den Gefühlen der Brüderlichkeit und Hilfsbereitschaft. Dieser Geist ist die Solidarität!

Genossen! Wir haben den Aufruf des Aktionsausschusses der streikenden Metallarbeiter im „Alarm“, dem Blatt unserer norwegischen Sektion gelesen und sind davon tief ergriffen worden. Wir wissen, daß die norwegischen Arbeiter die Solidarität ihren Klassengenossen auch jenseits der Grenzen der Nationen hinweg stets bewiesen haben, und wir haben noch kürzlich ein rührendes Beispiel von Solidarität unserer Kameraden vom N.S.F. erlebt, als diese Kameraden, die ebenfalls von Streiks und Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen sind, Kinder von deutschen Proletariern zu sich genommen haben, um die dem kapitalistischen Raubbausystem zum Opfer gefallenen, unterernährten und früh dem Siechtum verfallenen Proletarienkinder durch kräftige Kost zu gesunden Kindern zu machen, die durch intime Verbindung mit Proletariern anderer Länder schon in ihrer Jugend den Geist der internationalen Verbüderung verspüren werden!

Kameraden! Wie gerne möchten wir Eure Bitte um ökonomische Unterstützung erfüllen, wir sind jedoch angesichts der schweren Kämpfe die unsere Kameraden in Deutschland durch die Bergarbeiteraussperrung, in Spanien durch die Militärdiktatur, in Italien durch den Faschismus auszufechten haben, derart in Anspruch genommen, daß wir momentan keine Mittel zur Verfügung haben. Wir werden jedoch nicht unterlassen, die Arbeiter-

schaft aller Länder auf Euern Kampf aufmerksam zu machen, um sie zur weitestgehenden moralischen Hilfeleistung aufzufordern. Wir bitten Euch, versichert zu sein, daß wir von dem besten Willen beseelt sind, Euch zu verhelfen, den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Wenn heute schon die internationale Arbeiterbewegung den Fangarmen des Reformismus sich entwunden

hätte, dann hätte Euer Kampf schon lange ein erfolgreiches Ende gefunden.

Nieder mit der Klassengemeinschaft
zwischen Ausbeutern und Arbeitern!

Es lebe die Internationale Solidarität des
revolutionären Weltproletariats!

Das Verwaltungsbüro der
Internationalen Arbeiter-Assoziation.

SCHWEDEN.

Offensive der reformistischen Gewerkschaften Schwedens gegen die Syndikalisten.

Von Edvin Lindström, Stockholm.

Die reformistische Gewerkschaftsbewegung Schwedens hat einen Anlauf genommen, nicht aber etwa gegen den Kapitalismus, sondern gegen den Syndikalismus. Anlaß dazu gab ein Beschluß des Kongresses der reformistischen Landesorganisation von vorigem Jahre, nach welchem die gegenwärtigen Berufsorganisationen in Industrieverbände umgewandelt werden sollen. Diese Umlegung soll bis zum Ausgang 1925 erfolgt sein. Hierin finden die reformistischen Verbände einen vorzüglichen Vorwand, um den verhaßten Syndikalisten zu Leibe zu rücken. In einigen Industrien, z. B. in der Metallindustrie, der Lebensmittelindustrie und der Celluloid- und Papierindustrie haben die Reformisten nicht nur an die Arbeiter in den reformistischen Berufsorganisationen, sondern auch an die Syndikalisten die Forderung gestellt, ihre Organisation aufzulösen und den neuzubildenden Industrieverbänden beizutreten. Dabei ist aber zu bemerken, daß die syndikalistische Gewerkschaftsbewegung Schwedens S.A.C. auf dem Prinzip der Industrieverbände aufgebaut ist, sodaß keinerlei Anlaß zu einer solchen Forderung seitens der Reformisten vorliegt. Der wahre Grund ist auch ganz woanders zu finden. S.A.C. hat nämlich in fast allen Industrien Eingang gefunden, und in einigen der bedeutendsten Industrien sind die syndikalistischen Verbände die stärkeren. Das ist der Fall im Baugewerbe, sowie bei der in Schweden nicht unbeträchtlichen Waldarbeiterschaft.

Das Merkwürdigste dabei ist, daß die Kommunisten, die fast alle in den reformistischen Gewerkschaften organisiert

sind, die sie selbst als „gelbe“ Organisation betrachten, in dem Kampfe gegen die Syndikalisten an erster Stelle stehen. An der Spitze dieses Kampfes gegen den Syndikalismus steht der Metallarbeiterverband. Die Leitung dieses Verbandes ist in hohem Maße in den Händen der Kommunisten. Diese Kommunisten benutzen die reformistischen Gewerkschaften zur Errichtung der „Einheitsfront“. Andererseits hat der Vorstand der reformistischen Landesorganisation seinen angeschlossenen Organisationen empfohlen, mit den syndikalistischen Organisationen nicht zusammenarbeiten. Und die Kommunisten, die Vertreter der „Einheitsfront“, brechen gerade die Einheitsfront mit den revolutionären Arbeitern den reformistischen Gewerkschaften zuliebe!

Es ist selbstverständlich, daß die Syndikalisten sich diesen anmaßenden Versuchen der Reformisten widersetzen. Es ist nämlich völlig unrichtig, daß die reformistischen Gewerkschaften nach der Umlegung in Industrieverbände wirklich geeignetere Klassenkampforganisationen werden. Sie werden trotz der Umlegung Berufsverbände bleiben, nur in größerem Umfange, aber dadurch haben sie keineswegs bessere Aussichten, einen wirksameren Kampf gegen den Kapitalismus zu führen und die Interessen der Arbeiterschaft besser wahrzunehmen.

Die Syndikalisten verteidigen selbstverständlich ihr Recht, eine selbständige Organisation zu bilden. Gegen die Anklagen der Reformisten, sie seien Splitterer, heben die Syndikalisten hervor, daß der Beweis nicht erbracht werden kann, daß sie unsolidarisch aufgetreten sind, daß sie im Gegenteil stets bereit waren und bereit sind, gegen die Unternehmer und den Kapitalismus mit allen Arbeitern gemeinsame Sache zu machen. So sind auch die Reformisten nicht imstande,

auch nur einen einzigen Fall anzuführen, wo die syndikalistischen Organisationen in irgend einer Industrie ein Hindernis im Kampfe gegen das Unternehmertum gewesen sind, dagegen haben die Syndikalisten eine Menge Beispiele anzuführen, daß sie bei allen Kämpfen, selbst wenn dieselben von den Reformisten begonnen wurden, die größte Aktivität entfaltet und durch ihre Tätigkeit dazu beigetragen haben, daß die Kämpfe für die Arbeiterschaft ein günstiges Ergebnis zeitigten.

Die reformistischen Gewerkschaften fürchten also ohne Zweifel, daß die syndikalistischen Organisationen immer größer anwachsen und durch ihre Ideen weitere Kreise der Arbeiterschaft erfassen können, und das bedeutet selbstverständlich einen Mitgliederschwund der reformistischen Organisationen. Das ist der Grund, weshalb sie unter dem Vorwand, eine Umlegung ihrer Organisationsform durchzuführen, diese Kampagne in Gang gesetzt haben, deren Ziel darin besteht, die syndikalistische Bewegung niederzuschlagen.

Es ist aber vollständig ausgeschlossen, daß es den Reformisten glücken wird, ihren Plan durchzuführen. Die syndikalistischen Organisationen sind bereit, diesen infamen Anschlag abzuwehren. Sie rüsten sich allerorts, um die gegen sie geführten Angriffe abschlagen zu können, und es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß diese reformistische Offensive gegen den Syndikalismus zu einer Niederlage verurteilt ist.

Gerade jetzt, während die reformistischen Führer den Syndikalismus ver-

nichten wollen, wächst unsere S.A.C. von Tag zu Tag. Es bilden sich neue Organisationen, unsere Industrieverbände breiten sich aus und unsere Presse und Propaganda entfalten sich immer erfreulicher. Obzwar wir mit unsern 35 000 Mitgliedern im Vergleich zu den reformistischen Organisationen klein sind an Anzahl, ist unser Einfluß in der schwedischen Arbeiterbewegung sehr groß. In den reformistischen Organisationen macht sich auch vielerorts eine starke Unzufriedenheit bemerkbar mit der bisher geführten Politik und mit der ganzen Geisteseinstellung. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch das Beispiel, welches die syndikalistischen Organisationen in propagandistischen und organisatorischen Fragen geben, vor allem aber durch ihre Kampfeskraft und ihre moralische und geistige Lebensfähigkeit, die in den reformistischen Arbeitermassen eine nicht zu unterschätzende Spur hinterlassen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Syndikalismus in Schweden die Arbeiterschaft gewinnen wird. Sicher ist, daß weder das Unternehmertum noch die reformistischen Gewerkschaftsführer den Syndikalismus in der Arbeiterschaft ertöten können. Dazu ist die syndikalistische Bewegung jetzt schon zu stark und selbstbewußt. In der Zeit der Existenz unserer S.A.C. haben die Kapitalisten und alle Klassenfeinde kein Mittel unversucht gelassen, um den Syndikalismus zu vernichten. Alle diese Versuche sind elendiglich gescheitert, und dieselbe traurige Erfahrung werden auch die reformistischen Syndikalistenfresser in ihrem Kampfe machen müssen, den sie gegen uns in Szene gesetzt haben.

FRANKREICH.

Die neue Taktik der C.G.T.U. und der Kommunistischen Partei.

Von Pierre Besnard, Paris.

Die Streikbewegungen von Saint Etienne und Roanne haben uns in die Lage versetzt, die neue Taktik der Kommunistischen Partei Frankreichs und ihres Compagnons, der C.G.T.U. (Vereinigten Gewerkschaftsbundes) bloßzustellen.

Es blieb hier niemandem verborgen, daß es die Kommunistische Partei darauf anlegte, die Wahlparole mit einer Kampfatmosphäre, mit wirtschaftlichen Kämpfen zu umgeben. Um in diesem Sinne aus der äußerst schwierigen Situation, die von Tag

zu Tag komplizierter wurde, Nutzen zu ziehen, wünschten die beiden Soziesse die Arbeiterklasse zu einer Massenaktion zu führen, die in einem Generalstreik ausmünden sollte, wobei es jedoch nicht möglich gewesen wäre, den Charakter und den Träger dieser letzten Manifestation näher zu bestimmen, deren Nutznießerin die Partei am 11. Mai bei den Parlamentswahlen hätte werden sollen.

Es muß allerdings zugegeben werden, daß die außerordentlich peinliche Situation der Arbeiterklasse infolge der Entwertung des Franken, der täglichen Zuspitzung durch die Teuerung diese Kampfeskraft rechtfertigte. Alle Bedingungen für einen

solchen Kampf waren gegeben, außer der einen und wesentlichsten: die Kräfte der Arbeiterklasse.

Die vollständige Abwesenheit dieses Faktors: die Kräfte der Arbeiterklasse, veranlaßte die Minderheit der revolutionären Syndikalisten, eine abwartende Haltung einzunehmen. Sich in den Kampf zu begeben, wie die C.G.T.U. und die Kommunistische Partei es wollten, war gleichbedeutend damit, die Arbeiterklasse zu einer sicheren und unvermeidlichen Niederlage zu führen, da wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, einen ernsthaften Kampf gegen das Unternehmertum zu führen. Und das wird auch weiter so verbleiben, solange wir nicht unsere Kräfte reorganisiert haben.

Die einzige empfehlenswerte Taktik, die sich aus der Lage der Dinge von selbst ergab, war, dort gegen das Unternehmertum anzukämpfen, wo dasselbe verhältnismäßig schwach war, wobei die Kräfte der Arbeiterschaft sich möglichst direkt gegen die Unternehmerkartelle, die in Frage kommen, richten sollten.

Das rasche Steigen des Franken, der durch die amerikanische und englische finanzielle Hilfe seinen Wert in wenigen Tagen fast verdoppelte, brachte uns in eine äußerst prekäre Lage. Die Beschlüsse, die vom Nationalkomitee der C.G.T.U. am 16. März gefaßt worden waren und die jede Teilaktion formell verwarfen, taten ein übriges. So scheiterte der Streik von Citroën, der nach den Leitern der C.G.T.U. die Betriebe der Pariser Region in die Bewegung ziehen sollte, in beklagenswerter Weise, da die Verallgemeinerung nicht möglich war.

Die Streikbewegungen von St. Etienne und die in der Textilindustrie von Roanne, die im gegebenen Augenblick zu einer großen Bewegung anwachsen konnten, wenn sie durch Solidaritätsstreiks in anderen Gegenden unterstützt worden wären, wurden ihrem Schicksal überlassen und führten zu jener Niederlage, die, wie es scheint, von der C.G.T.U. weder zu verhindern noch zu verkleinern versucht wurde.

Es scheint im Gegenteil, daß die C.G.T.U. ihrer neuen Streiktheorie die Weihe geben wollte. Man wollte die Tatsachen selbst der Lehre, der Taktik unterordnen, man weigerte sich systematisch anzuerkennen, daß die Lehre auf festzustellenden Tatsachen beruhen muß.

Das ganze Geheimnis dieser Niederlage, die schwer zu verhindern war aber lange nicht so schwer zu werden brauchte, liegt darin: man wollte absolut und sofort

den Teilstreik von außen her verurteilen. Die C.G.T.U. faßt nur den Generalstreik in einer oder in allen Industrien ins Auge. Das ist die Taktik, auf welche sie sich festlegte, im Einverständnis mit der Kommunistischen Partei, die, wohl verstanden, die Stunde und den Charakter, welchen die Bewegung annehmen sowie das Ziel, das gesteckt werden soll, zu bestimmen für sich in Anspruch nimmt. Diese Taktik hat zum Ziele, jede Aktion des Syndikalismus in einem Orte oder Landesteile zur Besserung der Lage der Arbeiterklasse unmöglich zu machen, wenn die in Frage kommende Bewegung für die Ziele der Partei nicht ausgenutzt werden kann. Um diese spontanen Aktionen zu verwerfen, die man für gefährlich hält, will man die Niederlagen vermehren, die Schläge gegen die Arbeiterklasse aufhäufen, damit eines Tages die Taktik der Zentrale der C.G.T.U. als die einzig mögliche erscheint. Man begnügt sich aber nicht damit. In demselben Maße, wie man es für wichtig hält, die Wertlosigkeit der Teilstreiks aufzuweisen, welche ein tägliches Kampfesmittel des Syndikalismus sind, will man auch den Beweis liefern, daß der Generalstreik, wie die Syndikalisten ihn auffassen, wertlos ist. Das ist das Werk, welches man für die kommende Zeit ins Auge faßt.

Wenn die Umstände es gestatten, dann werden wir sehen, ob nicht nur die Teilstreiks, sondern auch der erste Generalstreik, der ausbrechen wird, zu einer Niederlage führen werden.

Da man durch die Erfahrungen der Vergangenheit die Kampfesmittel des Syndikalismus nicht verurteilen kann, versucht man dies zu erreichen durch Aktionen, die unter schwierigen Verhältnissen von vornherein eine Niederlage im Schoße tragen.

Wenn man nun auf diese Weise seine Demonstration gemacht haben wird, dann wird man erklären, daß die Kampfesmittel des Syndikalismus nicht mehr dem Gebote der Stunde entsprechen, und nun wird man die gesamten Kräfte der Arbeiterschaft der Kommunistischen Partei entgegenführen wollen, die als einzige Retterin des Proletariats erscheinen wird.

Die Partei weiß jedoch, daß sie ihre eigene Armee haben muß, um diese Ziele zu erreichen. Sie sucht diese zu bilden durch Schaffung von Werkstatt- und Betriebsräten außerhalb der Gewerkschaftsbewegung, da diese Räte der Kontrolle der Gewerkschaften entzogen sind.

Innerhalb der Gewerkschaften sind die Betriebsräte Kräfte des Proletariats, die dem Unternehmertum auf den Hals rücken können, sie sind wachsame Posten des Syndikalismus, dazu berufen, mächtige Aktionsmittel von nicht zu unterschätzender Rolle zu sein. Sie sind, mit einem Worte, die wahren Stoßtrupps des Angriffs und des Kampfes auf dem Orte des Produktionsprozesses selbst.

Wenn im gegenteiligen Falle die Betriebsräte von den Zellen der Kommunistischen Partei geleitet werden, wenn diese Organe der Kontrolle der C.G.T.U., der Föderationen und der Gewerkschaften entzogen werden, wenn die Betriebsräte aus organisierten und unorganisierten Arbeitern bestehen, die nicht zur Verantwortlichkeit gezogen werden können, sondern sich außerhalb der Gewerkschaftsbewegung befinden, dagegen die Aktionsorgane der Kommunistischen Partei in den Gewerkschaften sind, dann bedeutet dies die sichere Zerstörung des Syndikalismus, der dann als Klassenbewegung abtreten würde.

Das sind kurz dargelegt die Ziele, die von der C.G.T.U. verfolgt werden, die getreu die Befehle des Kremls ausführt. Es erübrigt sich wohl zu sagen, daß wir alles tun, was in unserer Macht steht, um die Verwirklichung dieses Planes zu verhindern. Es ist, zusammengefaßt, eine Wiederholung der Verhältnisse, wie sie sich in Deutschland schon abspielten. Man will hier die famosen Betriebsräte verallgemeinern, deren Auftreten in Rheinland-Westfalen all den Bluff möglich machte, den wir zur Genüge kennen lernten; man will nun mit dem französischen Proletariat dieselben Experimente machen, wie ein Bela Kun und ein Radek sie in Deutschland gemacht haben.

Trotz der großen Mittel der Kommunistischen Internationale zweifle ich stark, daß dies möglich sein wird, wir sind vielleicht nicht weit von dem Gipfelpunkt dieser einzigartigen Krise.

Dann wird die Hoffnung auf Wiedergeburt des Syndikalismus in der ganzen Welt wieder aufblühen. Möge dieser Tag nicht ferne sein.

ELSASS-LOTHRINGEN.

Ein Rückblick auf die Arbeiter-Bewegung in Elsaß-Lothringen.

Von Ernest Altenbach-Mülhausen.

Die elsass-lothringische Arbeiterbewegung kannte nach Schluß des Waffenstillstandes nur die von den deutschen Zentralgewerkschaften gepredigten und angewandten Zentralisationsmethoden, die dem freien — antiautoritären Prinzip des revolutionären Syndikalismus direkt widersprechen.

In den Jahren 1919 und 1920 strömten die Arbeiter massenhaft in die neu entstandenen oder neu gegründeten Gewerkschaften hinein. Mit Hilfe der bekannten Methoden brachte man die widerspenstigsten Leute in die Organisationen hinein, so daß, wie z. B. in Mülhausen, Betriebe von 5000 Arbeitern alle bis auf den Nachtwächter und Portier restlos organisiert waren. Die Sache war zu schön, um ständig fort dauern zu können, und beim ersten Ansturm der Reaktion brach die auf Zwang und Drohung aufgebaute Organisation der Metallarbeiter kläglich zusammen. Mit der Zeit setzte die Mitgliederflucht auch bei den anderen Organisationen ein. Die Parolen der 3. Internationale spalteten die Arbeiter politisch in zwei Lager und führten auch eine

Trennung der Geister bei den Resttruppen der der Gewerkschaft noch treugebliebenen Stammanschaft herbei, die auch im Elsaß schließlich nach längerem Kompromisseln zur organisatorischen Trennung führen mußten. Die Geheimzellen-taktik, die in der C.G.T.U. zurzeit einige Augenblickserfolge für die K.P. ergab, versagte aber in den der alten C.G.T. noch treugebliebenen Gewerkschaften vollständig. Nachdem die „Eroberung“ der Gewerkschaften nicht zu dem erwarteten Resultat geführt hatte, predigten nun einige plötzlich deren Zerstörung — natürlich aber nur die der Reformisten. Zu dieser Zeit setzten die von syndikalistischem Geist getragenen Kanonaden mit der Propaganda zur Gründung des Allgemeinen Arbeiterverbandes für den Oberrhein ein. In einer Sitzung der Union Locale von Mülhausen wurde die Gründung des Allg. Arbeiterverbandes unter Ausschluß des Oberelsässischen Bergarbeiterverbandes und der Eisenbahner, die bereits geschlossen der C.G.T. Unitaire beigetreten waren, beschlossen und die Statuten gutgeheißen. Die Pseudokommunisten, wie der jetzt überall ausgeschiffte Charles Kuhn, hielten damals eine Brandrede gegen dieses neu entstehende „anarchistische“ vorzeitliche Or-

ganisationsgebilde, wie man bereits vorher gegen die „anarchistische“ Leitung der C.G.T.U. in Paris gewettert hatte. Die ganz „Reinen“ der K.P. merkten erst später, daß die Tendenz des Allg. Arbeiter-Verbandes mit der von Moskau anbefohlenen nicht im Einklang stehe, als die Mülhauser Parteisektion der K.P. unter Führung Altenbachs die Beschlüsse des 4. Weltkongresses in der Gewerkschaftsfrage mit Mehrheit verwarf, was den Ausschluß (resp. Austritt) der Anarcho-Syndikalisten aus der K.P. durch Kongreßbeschluß herbeiführte.

Auch in der Jugendorganisation wurde nun reiner Tisch gemacht. Nachdem auch hier, mit allen gegen drei Stimmen, die Beschlüsse des 4. Weltkongresses verworfen wurden, legte die Jugendorganisation den alten Titel ab, wie sie seinerzeit den Titel Lok. Jugendorganisation abgelegt hatte, und nannte sich von nun ab „Syndikalistische Jugend“.

So bestand fast auf einen Schlag im Ober-Elsaß, speziell aber in Mülhausen, die Kommunistische Partei und ihre Jugendorganisation nur noch dem Namen nach. Die ganze Wut der K.P.-Leute entlud sich nun gegen den Allg. Arbeiter-Verband. In den Sektionen Gebweiler, Sennheim, Markkirch, Rixheim, St. Louis legten die Kommunisten ihre Spaltungshebel an. In M. suchte man neben un-

seren Organisationen rein kommunistische Verbände zu gründen. Am Niederrhein und an der Mosel kannte man von einer anarchisch-syndikalistischen Gefahr nichts und dienstbereit eilte man der bedrohten Oberrhein-Föderation zu Hilfe.

Doch ihre Hilfe fruchtete nicht viel, denn bei Beginn des Wahlkampfes marschierten die revolutionären Syndikalistens in allen Wahlversammlungen mit einer Reihe von Agitatoren auf und aus den Wahlversammlungen wurden Propagandaversammlungen der Syndikalistens. In Straßburg hat Kamerad Schmitt von der P.T.T. einen härteren Stand, da er allein auf seine Organisation angewiesen ist.

Durch die Teuerungswelle, die durch das Land geht, regen sich die Arbeiter wieder ein wenig. Die Organisationsleitungen aller Richtungen schlagen Alarm und rühren die Werbetrommel für die Organisation.

Der Allg. Arbeiter-Verband hat die Initiative ergriffen, um eine einheitliche Aktion in den kommenden Kämpfen herbeizuführen. Die Syndikalisten wollen nur das Beste für die Arbeiterklasse. Sie wollen die Arbeiter aus der Vormundschaft der politischen Parteien und ihrer Berufspolitiker befreien, um sie in geschlossener Front im sozialen Kampf zum Endziel zu führen. Der Same ist gesät — möge er aufgehen.

PORTUGAL.

Der Syndikalismus in Portugal.

Von H. Silvas Campos, Lissabon.

Portugal ist das Land im Süden Europas, in dem der Syndikalismus noch neu ist. Das Vereinigungswesen allerdings ist alt, im Jahre 1850 schon war eine Epoche, in der man Assoziationen zum Zwecke der Gegenseitigkeit und Kooperation begründete. Diese Organisation kam nach der I. Internationale auf und bestand bis zu den Kämpfen zwischen den Kollektivistens und Kommunistens. Sie war der sozialistischen Allianz angeschlossen, deren Seele Bakunin gewesen ist. Nach seinem Weggang war es Lafargue als Delegierter der Sektion des Generalrates, unter dem sehr bald die Anzahl der Bünde der Allianz zusammenschmolz. Die Krisis der Internationalen Arbeiterassoziation hatte in Portugal einen viel kritischeren Einfluß als in dem Zentrum der Assoziation selbst. Und

als im Jahre 1895 der Syndikalismus in Frankreich dem Proletariat neue Wege für seine Emanzipation erschloß, blieb das portugiesische Proletariat unberührt. Es besaß keine Organisation, die imstande gewesen wäre, den Geist der Klasse soweit zu erheben, daß es imstande gewesen wäre, seine Interessen zu vertreten.

Einige der damals existierenden Assoziationen standen unter dem Einfluß der Staatssozialisten, die das Proletariat zu einer Arbeitsgemeinschaft der Klassen veranlaßten.

Im Jahre 1905 war es erst, als ein Geist sich zu bilden begann, der gegen die Arbeitsgemeinschaft gerichtet war; dieser Geist beeinflusste die Organisation der Arbeiterschaft entscheidend im Jahre 1909, in welcher Zeit der erste syndikalistische Kongreß abgehalten wurde.

Seit dieser Zeit blieb der vom Syndikalismus betonte Klassenkampf in seiner Ursprünglichkeit bestehen.

Im Jahre 1912 wird schon das System syndikalistischer revolutionärer Kampfweise angewendet in einem Generalstreik im Januar desselben Jahres.

Jener Streik, der mit außergewöhnlicher Heftigkeit, die bis zum heutigen Tage noch nicht übertroffen worden ist, geführt wurde, wurde aus Solidarität für die Arbeiter Evoras erklärt, die für besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen kämpften. Die Polizei griff auf der Plaza Publica ein, der Attacke erlagen zwei Kameraden. Der Streik endete mit Verhaftungen im ganzen Lande und dem Schließen des Zentrums der Syndikalisten in Lissabon, wo mehr als 1000 Kameraden verhaftet wurden.

Jener Kampf war belebt vom Geiste des Klassenkampfes. Im folgenden Jahre war der Syndikalismus noch mehr gefestigt, auf dem Kongreß der Landarbeiter waren mehr als 60 Syndikate vertreten. Im Jahre 1914 wurde der I. Landeskongreß der Arbeiter abgehalten, auf dem die Union Obrera Nacional gebildet wurde, aus der auf dem Kongreß in

Coimbra (dem 2. Kongreß) die Konföderation der Arbeit (C.G.T.) hervorging. Das war im September 1919. In der Zwischenzeit von 1914—1919 sind verschiedene Ereignisse von gewisser Bedeutung vorgekommen, zum Beispiel der Streik der Bauarbeiter im Mai 1917, der 5 Kameraden das Leben kostete und wobei schätzungsweise 2000 Kameraden in die Gefängnisse geworfen wurden. Im November 1919 wurde ein neuer Generalstreik über das ganze Land erklärt als Protest gegen die Lebensmittelteuerung; dieser Streik wurde in weitgehendster Weise von der Landbevölkerung unterstützt. Viele von den Streikenden wurden nach Angola (Afrika) deportiert.

Das ist ein kurzer Ueberblick über die syndikalistische Aktion. Die Kämpfe sind nicht immer von Erfolg gekrönt gewesen, aber sie haben den Syndikalismus sehr gefestigt.

* * *

Zurzeit befindet sich die Arbeiterschaft Portugals in großen Kämpfen, die fast einem Generalstreik im ganzen Lande gleichkommen. In der nächsten Nummer der „Internationale“ soll darüber berichtet werden. Die Redaktion.

ITALIEN.

Konferenz der syndikalistischen Union Italiens.

Von A. Giovannetti, Mailand.

Angesichts der einem regelmäßigen Kongreß entgegenstehenden Schwierigkeiten, da viele unserer lokalen Organisationen nicht funktionieren können und ein großer Teil der besten Elemente der Union Sindacale Italiana (U.S.I.) sich im Ausland befinden oder gefangen sind, war es notwendig, sich auf eine bescheidene Zusammenkunft zu beschränken, die am 27. April in Mailand unter Teilnahme von Vertretern der größeren Arbeiterzentren und denen einiger kleineren Sektionen und lokaler Komitees stattfand.

Voraus gingen Versammlungen an verschiedenen Orten, besonders solche der gegenwärtig im Ausland befindlichen Genossen, um die notwendigen Vereinbarungen zu treffen, da dieselben an der Zusammenkunft, der sie ihre geschriebene Zustimmung schickten, nicht teilnehmen konnten. Auch die Genossen in den Gefängnissen schickten Zustimmungsbriefe

und Grüße, die größtenteils von den Behörden zensuriert waren.

In der Vormittagssitzung der Zusammenkunft schickten die Vertreter den eingesperrten und vertriebenen tätigen Genossen warme Begrüßungswünsche und begrüßten ebenso die Organisationen der anderen Länder und unsere Internationale Arbeiterassoziation durch einstimmige Annahme eines Beschlusses, durch welchen die Zusammenkunft, „nachdem die Sekretärin über die vergangene Tätigkeit der I.A.A. und der syndikalistischen Organisationen der verschiedenen Länder zur Verteidigung unserer eingekerkerten Genossen und zu deren der U.S.I. eigener Unterstützung berichtet“, wärmsten und bewegtesten Dank ausspricht und denselben solidarische Brüdergrüße auch im Namen der Opfer der Reaktion schickt.“

Die sehr zahlreichen Zustimmungen von ins Ausland geflüchteten Genossen und deren dortige Tätigkeit im syndikalistischen Lager der verschiedenen Länder stellten die Emigrationsfrage an die erste

Stelle, eine Frage, welche das lebhafteste Interesse der Genossen verschiedener Länder, denen Emigranten zuströmen, erregt. Hierüber nahm die Zusammenkunft einstimmig folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die italienische Arbeiterauswanderung nicht eine vorübergehende Ausnahmeerscheinung der seit einigen Jahren dem Proletariat aufgelegten Reaktionsperiode ist, sondern eine seit Jahrzehnten stattfindende normale Tatsache, deren Ursache vor allem in der übergroßen Zahl der Bevölkerung gegenüber der Aufnahmefähigkeit der verfügbaren Arbeitskräfte durch die vorhandene Industrie liegt;

„daß feststeht, daß die italienische Emigration normalerweise teils aus zeitweilig, für bestimmte Jahreszeiten, teils für eine Anzahl von Jahren oder dauernd Auswandernden besteht; daß erst in den letzten Jahren eine durch die Reaktion verursachte ausnahmsweise Abwanderung von Arbeitern stattfindet, deren Aufenthalt im Ausland nur aus diesem Grund ein länger dauernder ist;

„in Anbetracht, daß die aus irgendeiner Ursache ausgewanderten Arbeiter tatsächlich und rechtlich ein Teil des Proletariats ihres neuen Arbeitslandes werden und daher mit demselben den Arbeitgebern gegenüber gleiche Interessen und Wünsche haben,

„bekräftigt die Zusammenkunft von neuem die unabänderliche Pflicht der auswandernden Arbeiter, in die Syndikate ihres Gewerbes oder ihrer Industrie einzutreten und an den Klassenbewegungen teilzunehmen, den Geist der Solidarität, von dem sie im eigenen Land ein Beispiel gegeben haben, hochhaltend;

„sie hält nichtsdestoweniger für notwendig, auf besondere Weise im Schoß der fremden syndikalistischen Bewegungen das italienische Arbeiterelement zu pflegen durch bestimmte Organe und durch Veröffentlichungen in italienischer Sprache zur Orientierung und zur Rekrutierung der Ausgewanderten für das Syndikat;

„als Ausnahmefall, angesichts des politischen Charakters der Auswanderung der Flüchtlinge in die Nachbarländer Italiens, ladet sie diese Arbeiter ein, den Zusammenschluß der Anhänger der U.S.I. intensiv zu betreiben, jedoch weiterhin der syndikalistischen Bewegung ihres neuen Landes ihre Tätigkeit zu widmen.

Hierauf untersuchte die Zusammenkunft die Ausnahmeverhältnisse, in denen

sich unsere Organisationen in sozusagen allen Zentren der Industrie und des Ackerbaues in Italien befinden, wo noch immer verboten ist, sich zu versammeln und sogar unsere Zeitungen zu erhalten und zu lesen, während es nicht wenigen Genossen unmöglich ist, in ihrer Heimat zu bleiben oder dorthin zurückzukehren wegen Bedrohung mit schweren, blutigen Repressalien. Es wurde daher beschlossen, die Organisation zu besorgen durch die Bildung und Entwicklung syndikalischer Gruppen in den Werkstätten, Fabriken und Geschäften selbst.

Betreffs der internationalen Organisation wurde nach kurzer, herzlicher Diskussion einstimmig beschlossen:

„Nach Bericht des Exekutivkomitees über die vergangene Tätigkeit zur Organisation der internationalen revolutionär-syndikalistischen Kräfte, über die Zusammenkünfte und den Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation und über die Tätigkeit des Genossen Borghi als Delegierter der U.S.I. in der I.A.A.;

„In Anbetracht der Tatsache, daß die Tätigkeit des Exekutivorgans der U.S.I. und ihrer Vertreter vollständig den Beschlüssen des Kongresses von Rom und der verschiedenen Entschlüssen des Generalrats entspricht,

„billigt die Zusammenkunft das Geschehene und schickt einen brüderlichen Glückwunschgruß an die I.A.A., in welcher der klassische Geist der ersten glorreichen Internationale gründlich wieder auflebt.“

Schließlich wurde eine Resolution über die Einheit der italienischen Arbeiter angenommen, mit welcher die Politikanten der Sozialdemokratie und des Bolschewismus immer ihr Spiel trieben. Diese Resolution setzt klar und einfach Bedingungen fest, durch welche jede Einmischung der um die Hegemonie über das Proletariat streitenden Parteien ausgeschlossen und die klassischen Richtlinien direkter und revolutionärer Aktion in der syndikalistischen Bewegung aufs neue bekräftigt werden:

„1. Fusion (Verschmelzung) der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden proletarischen syndikalistischen Organisationen,

„2. Absolute syndikalistische Autonomie und Unabhängigkeit von allen politischen Parteien und Gruppen und den Regierungen; Desinteressement der lo-

kalen oder zentralen syndikalistischen Organisationen an den Wahlkämpfen, indem sie dem Wettbewerb der Parteien nach Eroberung und Ausübung der öffentlichen Gewalt fremd bleiben;

„3. Lokale und Landesorganisation nach Industrien; lokaler Verband der Gewerkschaften oder der Arbeiterkammern. Vollständiger Ausschluß von Gewerkschaftsgruppen und -komitees, die zu einer Partei gehören. Proportionelle Vertretung auf allen Kongressen und in den Aemtern der Organisationen, mit starkem Uebergewicht der Organisierten über die angestellten Organisatoren der syndikalistischen Organisationen. Unvereinbarkeit der Bekleidung öffentlicher Aemter durch Organisatoren mit der von bezahlten Aemtern und Funktionen in den syndikalistischen Organisationen;

„4. Garantien für die Teilnahme der organisierten Massen an syndikalistischen Fragen und Problemen und die Teilnahme der lokalen Organisationen an den beratenden Sitzungen;

„5. Neuerziehung der Arbeitermassen auf Grund der Prinzipien ihrer eigenen Kraft und Aktion als Klasse, die von einem heilsamen *Entsagungs-* und Opfergeist be-seelt ist, so daß sie wirkungsvoller den unvermeidlichen Folgen des Kampfes standhalten und sie überwinden kann, bis die gemeinsamen Ideale der Befreiung des Proletariats von der kapitalistischen Ausbeutung und Herrschaft erreicht werden.“

Es wurden noch interne Beschlüsse gefaßt, während die Besprechung der moralischen und finanziellen Lage und andere der Kürze der Zeit und der augenblicklichen Schwierigkeiten wegen nicht zur Prüfung gelangende Fragen auf eine andere, baldige Zusammenkunft verschoben wurden.

Diese kürzliche Zusammenkunft der U.S.I. ist der offenkundige Beweis für den Entschluß der revolutionären Arbeiter Italiens, um jeden Preis der andauernden Reaktion Widerstand zu leisten und hartnäckig die Kräfte für die Reorganisation der syndikalistischen Bewegung vorzubereiten.

Zeitschriften und Bücherschau.

Deutschland.

Die Inhaltslosigkeit und Geistesarmut der reformistischen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands tritt am deutlichsten zutage in der Tatsache, daß es bisher kein einziges Blatt gab, das die Gewerkschaftsbewegung als solche, ihr Ziel und ihr Wesen zum Gegenstand hatte. Dieser Mangel wäre schier unverständlich, wenn man nicht wüßte, daß die gesamte Gewerkschaftsbewegung überhaupt keine selbständige Zielsetzung hat, sondern nur Anhängsel der politischen Parteien ist. In keinem Lande ist die Gewerkschaftsbewegung so unselbständig und ohnmächtig, die Kämpfe des Proletariats zu meistern, wie gerade in Deutschland. Die englischen Trade Unions, die den deutschen Gewerkschaften zum Vorbild dienten, sind ihren deutschen Nachahmern weit voran, sie verstehen vor allem sich des Mittels der direkten Aktion zu bedienen, während die deutschen gerade dieses Mittel als Ausgeburt syndikalistischer Teufelei betrachten.

Krieg und noch mehr die Revolutionen haben auch hier eine kleine Veränderung geschaffen. Es hat sich erwiesen, daß die politischen Parteien ohn-

mächtig waren, die Aufgaben der sozialen Revolution zu erfüllen, und man scheint langsam einzusehen, daß eigentlich die Gewerkschaften als Organisationen der Produzenten die wichtigste Aufgabe des sozialen Lebens, vor allem bei Uebernahme der Produktion zu erfüllen haben.

Derartige Gedanken sind freilich noch zu kühn für die offiziellen Vertreter der reformistischen Gewerkschaften Deutschlands und so hat ein Außenstehender, *Karl Zwing*, in Jena die Herausgabe eines „Gewerkschafts-Archiv“ begonnen.

Der Leit- und Einführungsartikel „Gewerkschaftliche Zeitenwende“ von *Karl Zwing* spricht davon, durch dieses Archiv eine neue geistige Aera für die Gewerkschaften einzuleiten.“ Er spricht sodann von einer „Gewerkschaftswissenschaft, die neu belebt werden müsse“, davon, daß „die übertriebenen Hoffnungen, die weite Arbeiterkreise auf die Politik gesetzt haben, sich nicht erfüllten und nicht erfüllen konnten. Es ist eben illusionär, zu glauben, die Probleme der Wirtschaft können von der Politik her gemeistert werden. Die Politik ist vielmehr erst die Synthese der ökonomischen Gesamtentwicklung.“

Diese Sätze scheinen vielversprechend zu sein, in Wirklichkeit sind sie alt und orthodox marxistisch. Sie sind nur eine Ableitung des marxistischen Gedankens, daß die Produktionsverhältnisse den wirtschaftlichen Unterbau der Gesellschaft bilden. Mit dem Aussprechen dieser Sätze ist aber noch nichts getan. Und wenn man etwa glaubt, daß mit dem neuen Gewerkschaftsarchiv ein Schritt zu syndikalistischer Erkenntnis gemacht wurde, so wird man dann doch belehrt, daß es sich um eine ganz andere Entwicklungslinie handelt. Der Herausgeber des Gewerkschaftsarchivs vertritt den Gedanken der Wirtschaftsdemokratie und des Wirtschaftsparlamentarismus, mit andern Worten: die Gewerkschaften sollen als selbständig wirtschaftliche Macht auftreten auf dem Gebiete der Sozialversicherung, Sozialpolitik, Sozialgesetzgebung usw. Sie sollen ferner das Problem der Arbeiterbanken, der Produktivgenossenschaften und Konsumgenossenschaften in ihren Bereich ziehen. Auch die Gedanken des Gildensozialismus sollen in Erwägung gezogen werden.

Alles dies wäre freilich ein Fortschritt, und zweifelsohne finden sich auch hier und da Ansätze zu einem Ausblick in fortschrittlicher Richtung; im allgemeinen sind jedoch die Schritte derart zaghaft und noch so stark belastet mit dem Staatsgedanken, daß von einer Annäherung an die Gedankengänge des *revolutionären* Syndikalismus keine Rede sein kann. Man hat noch nicht einmal daran gedacht, den Staat zu beseitigen, sondern sieht in demselben ein Instrument, das mit neuen Kräften und neuem Inhalt aus den Reihen der Gewerkschaften erfüllt werden müsse. Und wie man dem Staat nicht ernsthaft zu Leibe rückt, so wagt man es auch nicht, dem Kapitalismus vollständig den Laufpaß zu geben. Das geht hervor aus den Sätzen: „Wie ist aber das Ziel der *Ebenbürtigkeit* zwischen Kapital und Arbeit und der Herbeiführung einer höheren wirtschaftlichen Lebensordnung am schnellsten und sichersten zu erreichen? Als Element der Wirtschaft mit dieser über einen durch formaldemokratische Wahl reaktionär wirkenden Staat oder mit Stimmzettel und Staat über eine Wirtschaft, die sich oft stärker als der Staat erwiesen hat. Die Wirtschaft lebendig und sehr wandlungsfähig, der Staat starr und verknöchert. Wenn man das Gesetz des Vorstoßes nach der Front

des geringsten Widerstandes anwendet, wo ist der geringste Widerstand für die Gewerkschaftsbewegung auf dem Wege zu ihrem Ziele: bei der wandlungsfähigen aber starken Wirtschaft oder beim starren aber schwachen Staat? Ein interessanter, aber vollständig ungeklärter Fragenkomplex.“

Diese Worte zeigen, wie wenig man sich in den Kreisen der reformistischen Gewerkschaften klar ist über die *Hauptfragen* der sozialen Probleme überhaupt. Man tappt vollständig im Dunkeln. Man hat die Unfähigkeit der politischen Parteien eingesehen. Man gibt sogar zu, daß „der Kampf um die Machtverhältnisse der Klassen auf *wirtschaftlichem* Gebiete vor sich wird gehen müssen. Aber man verharret auf dem Vertretungssystem und bleibt in autoritären Gedankengängen stecken.

Das ist der Grund, weshalb man nicht zu einer einheitlich abgerundeten Weltanschauung kommen kann. Es fehlt das Bindeglied: die *direkte Aktion*. Vom sozialen Generalstreik findet man kein Sterbenswörtlein. Man bemerkt schon ganz richtig, daß die Lösung der sozialen Probleme im Sinne des Sozialismus nur durch wirtschaftliche Organisationen gefunden werden kann, man hat sich aber noch nicht zu dem Gedanken durchgerungen, daß die Gewerkschaften auch die Kraft entwickeln und vorbereiten müssen, durch eigene, direkte Aktionen und Kämpfe, durch den sozialen Generalstreik diese neue und höhere Wirtschaftsform einzuleiten. Wenn es erst des Weltkrieges und einer verpfuschten Revolution bedurft hat, um den fortschrittlichsten Elementen der reformistischen Gewerkschaften zu zeigen, daß die Gewerkschaften sich ein höheres Ziel stecken müssen und nicht alles den politischen Parteien überlassen dürfen, was wird dann erst dazu nötig sein, um die letzte Konsequenz zu ziehen, daß durch selbständigen Kampf revolutionärer Gewerkschaften der Kapitalismus und Staat gestürzt und eine höhere Wirtschafts- und Weltordnung das Zepter ergreifen kann?

Wem daran gelegen ist, sich über den Charakter der reformistischen Zentralverbände und über ihre theoretischen Grundlagen auf dem Laufenden zu halten, der wird dies in dem Gewerkschaftsarchiv tun können. Es erscheint monatlich und ist um eine Mark per Heft zu haben im Verlag Gewerkschaftsarchiv, Jena, Camsdorfer Straße 10.

Frankreich.

Die syndikalistische Bewegung interessiert die Soziologen unserer Zeitspanne in Frankreich nicht übermäßig. Ist es die gegenwärtige Krise, die sie zurzeit von einem so schwierigen Studium abhält oder interessiert der Syndikalismus unsere Zeitgenossen weniger als frühere Vorgänger? Das ist schwer zu sagen.

Im Jahre 1923 ist nur ein einziges Werk über den Syndikalismus in französischer Sprache erschienen. Es ist das Buch von *Emile Cozalis* über: „Die soziale Stellung des Syndikalismus in Frankreich“ (*Les positions sociales du syndicalisme ouvriers en France*), mit einem Vorwort von *Joseph Caillaux*, früherer Ministerpräsident.

Dieses Buch ist eine Doktorarbeit. Der Verfasser mußte sich also einer gewissen Zurückhaltung befleißigen und seinen Gedankengängen eine Beschränkung auferlegen. In Eile zusammengestellt, begnügt sich diese Arbeit mit der bloßen Analyse und Feststellung von Tatsachen, ohne daß es scheint, daß der Autor ein Urteil abgeben oder den Leser zu vorgesteckten Zielen führen wollte, sonst bringt dieses Buch nichts neues. Es wird einfach die Entwicklung des Syndikalismus seit dem

Kriege wiedergegeben und es werden die bedeutenden Ereignisse aufgezählt, die uns zu der schwierigen Situation führten, die wir kennen.

Das Vorwort ist sorgfältig vorbereitet und reicher an Ideen als das Buch selbst. *Caillaux*, der von dieser Seite noch nicht bekannt war, spricht dem Syndikalismus eine bedeutende Wertschätzung zu. Der revolutionäre Syndikalismus scheint von ihm — was sehr wunderbar ist — bevorzugt zu werden. Wir müssen daher unsere Augen offen halten und uns erinnern, was *Waldeck-Rousseau* 1901 unter fast ähnlichen Verhältnissen getan hat. P. B.

Eingelaufene Druckschriften.

Traugott oder Deutschland über Alles. Roman von *Max Uebelhör*. Verlag von *Oskar Wöhle*, Konstanz 1924, 303 Seiten.

Enrico Leone: Il Neo Marxismo, Sorel e Marx. Verlag *Sindacato Ferrovieri*, Bologna.

Enrico Leone: Anti-Bergson, Neapel, Verlag „*La Luce del Pensiero*“, Piazza Cavour 55.

Verzeichnis der der Internationalen Arbeiter-Assoziation angeschlossenen Landesorganisationen.

- Argentinien:** Federacion Obrera Regional Argentina (FORA), calle Constitucion 3451, *Buenos Aires*.
- Chile:** Industrial Workers of the World (I.W.W.), de la Region Chilena, calle Nataliel 1057, *Santiago*.
- Deutschland:** Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten, F.A.U.D.), Geschäftscommission *Berlin O. 34*, Kopernikusstraße 25.
- Holland:** Nederlandsch Syndicalistisch Vakverbond (N.S.V.), 1 e Helmersstraat 73, *Amsterdam*.
- Italien:** Unione Sindacale Italiana (U.S.I.), Via Achille Mauri 8, *Mailand*.
- Mexiko:** Confederacion General de los Trabajadores (C.G.T.), Plaza de las Vizcainas 3. *Mexiko D. F.*
- Norwegen:** Norsk Syndikalistisk Federation (N.S.F.), Box 2003, *Kristiania G.*
- Portugal:** Confederacao Geral do Trabalho (C.G.T.), Calcada do Combro 38, A. II, *Lissabon*.
- Spanien:** Confederacion Nacional del Trabajo (C.N.T.), calle Trajano 16, *Sevilla*.
- Spitzbergen:** Spitzbergens Syndikalistisk Federation (S.S.F.), Box 37, *Tromsö (Norwegen)*.
- Schweden:** Sveriges Arbetares Centralorganisation (S.A.C.), Box 413, *Stockholm I.*
- Uruguay:** Federacion Obrera Regional Uruguayaya (F.O.R.U.), calle Cuareim 1321, *Montevideo*.
Als Regionalverband gehört der I.A.A. an:
- Frankreich:** Allgemeiner Arbeiterverband Ober-Elsaß, *Mülhausen*, Tränkgäßchen 3.

Verzeichnis der Presse der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Herausgegeben vom Sekretariat der I.A.A.

1. Pressedienst der I.A.A. Erscheint allwöchentlich.
2. „Die Internationale Revue“. Erscheint zweimonatlich.
Zu beziehen vom Sekretariat der I.A.A., Berlin O. 34, Kopernikusstraße 25.

Publikationsorgane der angeschlossenen Landes-Organisationen.

Tageszeitungen :

- Argentinien:** „La Protesta“, Veröffentlichungsblatt der F.O.R.A., Peru, 1537, *Buenos Aires*.
- Portugal:** „A Batalha“, Organ der C.G.T. Portugals, Calçada do Combro 38, A. II, *Lissabon*.
- Spanien:** „Solidaridad Obrera“, Organ der C.N.T. Spaniens, calle del Asalto 58, 1^o, *Barcelona*.
- Schweden:** „Arbetaren“, Organ der S.A.C. Schwedens, Box 413, *Stockholm I*.

Wochenblätter :

- Brasilien:** „Der Freie Arbeiter“, Rua dom Pedro II, Nr. 19, *Porto Alegre*.
- Chile:** „Accion diecta“, Organ der I.W.W. Chile, Correo 3, casilla 5015, *Santiago*.
- Deutschland:** „Der Syndikalist“, Organ der F.A.U.D. (A.-S.), Verlag der Syndikalist, *Berlin O. 34*, Warschauer Straße 62.
- Frankreich:** „Weckruf“, Organ des Allgemeinen Arbeiterverbandes, *Mülhausen* (Haute-Rhin), Tränkäßchen 3.
- Holland:** „De Syndicalist“, Organ des N.S.V., 1 e Helmerstraat 73, *Amsterdam*.
- Italien:** „Guerra di Classe“, Organ der U.S.I. (verboten), Via Achille Mauri 8, *Milano*.
- Mexiko:** „Humanidad“, Organ der C.G.T., Plaza de las Vizcainas 3, *Mexiko D. F.*
- Norwegen:** „Alarm“, Organ der N.S.F., Box 2003, *Kristiania G*.
- Oesterreich:** „Erkenntnis und Befreiung“, *Klosterneuburg* bei Wien, Schießstättengraben 237.
- Portugal:** „O Trabalho“, Organ der Textilarbeiter-Föderation, Casa do Povo, *Colhiva*.
- Spanien:** „Solidaridad Obrera“, Organ der Regionalorganisation Asturiens, Cabrales 38, *Gijon-Asturias*.
- Uruguay:** „Solidaridad“, Organ der F.O.R.U., Cuareim 1321, *Montevideo*.